

§ 6 Besondere Angebote für Kinder mit Behinderungen

(1) Keinem Kind darf aufgrund der Art und Schwere seiner Behinderungen oder seines besonderen Förderungsbedarfs die Aufnahme in eine Tageseinrichtung verwehrt werden. Kinder mit Behinderungen werden in der Regel gemeinsam mit anderen Kindern in integrativ arbeitenden Gruppen gefördert.

(2) Kinder, die aufgrund ihrer Behinderung spezieller Förderung bedürfen, sollen durch ergänzende pädagogische Angebote in der Tageseinrichtung unterstützt werden; hierfür sind Personalzuschläge nach § 11 zu gewähren. Soweit für Kinder mit Behinderungen therapeutische und heilpädagogische Hilfen im Sinne der §§ 53 und 54 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022, 3023), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. März 2005 (BGBl. I S. 818) geändert worden ist, oder des § 35 a des Achten Buches Sozialgesetzbuch gewährt werden, sollen diese nach Möglichkeit in die Arbeit der Tageseinrichtung integriert werden. Zusätzlich sozialpädagogisches Fachpersonal nach § 11 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe a wird unter der Voraussetzung bereitgestellt, dass die Behinderung den entsprechenden Leistungsbereichen zugeordnet und ein aus der Behinderung folgender Bedarf an zusätzlichem geeigneten sozialpädagogischen Personal durch das Jugendamt auf Grundlage des dafür in der Rechtsverordnung nach § 7 Abs. 9 geregelten Verfahrens festgestellt worden ist. Die Voraussetzungen für Personalzuschläge für Kinder mit Behinderungen werden vom zuständigen Jugendamt unter Einbeziehung der im Bezirk für Behinderte zuständigen Fachstelle geprüft. Diese Feststellung ist zu befristen und nach Fristablauf erneut zu prüfen, soweit die Art und Schwere der Behinderung einer Befristung nicht entgegenstehen. Ist im Einzelfall diese Bedarfsfeststellung im Rahmen der Bedarfsprüfung nach § 7 Abs. 3 noch nicht abschließend möglich, erfolgt sie vorläufig unter der für die Zukunft auflösenden Bedingung der Bestätigung. Die abschließende Feststellung ist unverzüglich nachzuholen.

(3) Soweit besondere Gruppen für Kinder mit Behinderungen erforderlich sind und ihre Eltern eine solche Förderung wünschen, sind diese nach Möglichkeit in Tageseinrichtungen einzurichten.

Erläuterungen:

Übersicht

1	Einführung	5.3	Gutscheinerteilung
2	Definition des Begriff der Behinderung	5.4	Zusätzliches sozialpädagogisches Fachpersonal
3	Verbot der Benachteiligung (Abs. 1 Satz 1)	6	Therapeutische und heilpädagogische Hilfen (Abs. 2 Satz 2)
4	Verpflichtung zur integrativen Förderung (Abs. 1 Satz 2)	7	Besondere Gruppen (Abs. 3)
5	Kinder mit erhöhtem und wesentlich erhöhtem Förderbedarf in Integrationsgruppen (Abs. 2 Sätze 1, 3-7)	8	Freie Träger
5.1	Einführung	9	Exkurs: Leistungen nach dem SGB IX
5.2	Bedarfsfeststellung	9.1	Einleitung
		9.2	Früherkennung und Frühförderung, heilpädagogische Leistungen
		9.3	Kostenübernahme für die Betreuung des Kindes

12.06 KitaFöG zu § 6

1 Einführung – Die gesamte Vorschrift des § 6 KitaFöG befasst sich mit den besonderen Angeboten für Kinder mit Behinderungen und spezifiziert damit den allgemeinen Förderauftrag von Tageseinrichtungen in § 1 Abs. 1 Satz 4 KitaFöG die behinderungsbedingten Nachteile von Kindern möglichst auszugleichen. Neben dem **allgemeinem Verbot der Benachteiligung** von Kindern mit Behinderungen bei Aufnahme in eine Tageseinrichtung (Abs. 1 Satz 1) und der **Verpflichtung zur integrativen Förderung** (Abs. 1 Satz 2) wird in § 6 KitaFöG vor allem das Verfahren zur **Bedarfsfeststellung für erhöhten oder wesentlich erhöhten Bedarf** und der hiermit zusammenhängende **Umfang der Personalzuschläge** geregelt.

2 Definition des Begriffs der Behinderung – Die **Definition des Begriffs der Behinderung** findet sich in § 2 SGB IX (*abgedruckt unter Kennzahl 21.26*).

Nach § 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX sind **Menschen behindert**, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als 6 Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beeinträchtigt ist. **Funktionsbeeinträchtigungen**, die für das jeweilige **Lebensalter typisch** sind und daraus resultierende Einschränkungen der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, erfüllen damit nicht den Begriff der Behinderung. Die Feststellung, was alterstypisch sein soll, ist nicht unproblematisch: Ist ein Kind typischerweise mit dreizehn oder mit achtzehn Monaten fähig zu laufen? (*Castendiek/Hoffmann, Das Recht der behinderten Menschen, 3. Aufl. 2009, S. 27, Fußnote 15*).

Im Jahre 2001 wurde von der Vollversammlung der **Weltgesundheitsorganisation** (WHO) die „Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit (Functioning), Behinderung (Disability) und Gesundheit (Health) (= ICF)“ beschlossen. Die deutsche Version kann unter *www.dimdi.de* unter der Rubrik „Klassifikationen“ heruntergeladen werden. Die Definition des § 2 Abs. 1 SGB IX entspricht in den Grundzügen dem von der WHO entwickelten Behinderungsbegriff.

Menschen sind von **Behinderung bedroht**, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist (§ 2 Abs. 1 Satz 2 SGB IX).

Einbezogen sind auch **chronisch Kranke und suchtkranke Menschen**, soweit bei ihnen die jeweiligen Voraussetzungen gegeben sind (*vgl. hierzu auch „Chronisch kranke Kinder in der Kita“, abgedruckt unter Kennzahl 53.01*). Ob eine **Behinderung oder eine drohende Behinderung** vorliegt, wird **individuell** und in gleicher Weise wie andere Anspruchsvoraussetzungen bei der Entscheidung über die Leistung durch den zuständigen Rehabilitationsträger festgestellt (*Kossens/von der Heide/Maafß, SGB IX, 3. Aufl. 2009, § 2 Rz. 11*).

Schwerbehindert sind dagegen Menschen, wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt und sie ihren Wohnsitz, ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Beschäftigung auf einen Arbeitsplatz im Sinne des § 73 SGB IX rechtmäßig im Geltungsbereich des Gesetzes haben (§ 2 Abs. 2 SGB IX).

Schwerbehinderten Menschen **gleichgestellt** werden sollen behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, bei denen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 SGB IX nicht erlangen oder nicht behalten können (§ 2 Abs. 3 SGB IX).

3 Verbot der Benachteiligung (Abs. 1 Satz 1) – § 6 Abs. 1 Satz 1 KitaFöG stellt klar, dass keinem Kind aufgrund der Art und Schwere seiner Behinderung oder seines besonderen Förderungsbedarfs die Aufnahme in eine Tageseinrichtung verwehrt werden darf. Damit wird das **verfassungsrechtlich garantierte Verbot der Benachteiligung** wegen einer Behinderung in Art. 3 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz (GG, *abgedruckt unter Kennzahl 41.10*) sowie der **Gleichstellungsauftrag Behinderter** in der Verfassung von Berlin (Art. 11, *abgedruckt unter Kennzahl 41.20*) ausdrücklich im KitaFöG wiederholt.

Auf bundesgesetzlicher Ebene regelt zudem das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz** (AGG, *abgedruckt unter Kennzahl 66.11 und erläutert unter Kennzahl 66.10*), das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (**Behindertengleichstellungsgesetz** – BGG vom 27. April 2002, BGBl. I S. 1467, 1468, zuletzt geändert am 19. Dezember 2007, BGBl. S. 3024) und als Landesgesetz für das Land Berlin das Gesetz über die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderung (**Landesgleichberechtigungsgesetz** – LBG vom 17. Mai 1999 in der Fassung vom 28. September 2006, GVBl. S. 957, unter Berücksichtigung der Änderung des Landesgleichberechtigungsgesetzes vom 3.7.2009, GVBl. Nr. 17) das Verbot der Benachteiligung von behinderten Menschen.

Die baulichen Voraussetzungen für den **barrierefreien Zugang und die Nutzung** von Tageseinrichtungen sind in § 12 Abs. 1 KitaFöG geregelt (*vgl. die Erläuterungen unter Kennzahl 12.12*).

4 Verpflichtung zur integrativen Förderung (Abs. 1 Satz 2) – Kinder mit Behinderungen werden in der Regel **gemeinsam mit anderen Kindern in integrativ arbeitenden Gruppen** gefördert. Dieses bereits im SGB VIII gesetzlich verankerte gesellschaftspolitische Ziel ist ausdrücklich in das KitaFöG aufgenommen und sieht regelmäßig eine gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung vor (*vgl. hierzu § 22 a Abs. 4 SGB und § 35 a Abs. 4 Satz 2 VIII, abgedruckt unter Kennzahl 21.20, § 3 Abs. 4 Nr. 1 AG KJHG, abgedruckt unter Kennzahl 21.21*). Kinder mit Behinderungen sollen an allen Aktivitäten und Angeboten für Kinder, die nicht behindert sind, partizipieren (**Grundsatz der uneingeschränkten Teilhabe**: s. auch § 1 Abs. 3 Nr. 6 KitaFöG, § 4 Abs. 3 SGB IX und § 19 Abs. 3 SGB IX).

Seit dem 26. März 2009 ist die **UN-Konvention über die Rechte für Menschen mit Behinderung** in Deutschland verbindlich geworden. Das Internationale Übereinkommen hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen UNO im Dezember 2006 verabschiedet. Die Bundesrepublik Deutschland hat diesen **Völkerrechtsvertrag** durch Gesetz vom 21. Dezember 2008 (BGBl. II S. 1419) ratifiziert. Ratifikation bezeichnet die Handlung, mit der Deutschland im internationalen Bereich seine Zustimmung bekundet, durch die Konvention rechtlich gebunden zu sein (*vgl. Vietzthum, Völkerrecht, 4. Aufl., Rz. 117*). Deutschland ist damit gegenüber der internationalen Gemeinschaft, aber auch gegenüber den in Deutschland lebenden Menschen verpflichtet, die Konvention einzuhalten und umzusetzen (*Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl., §§ 847–872*). In Deutschland besteht allerdings Streit darüber, ob **in der deutschen Übersetzung** des Art. 24 der Konvention der englische Text „inclusive education system“ treffend mit „integrativen Bildungssystem“ übersetzt wurde. Diese Übersetzung wird teilweise als problematisch angesehen und gefordert, dass der Begriff durch „Inklusives Bildungssystem“ ersetzt wird. Nach dieser Auffassung verpflichte die **Konvention die Staaten „volle Inklusion“ im Bildungssystem zu ermöglichen** – vom Kindergarten über die Schule bis zur beruflichen Ausbildung (*Kosens/von der Heide/Maaß, SGB IX, 3. Aufl. 2009, BGG Vorb, Rz. 13*).

12.06 KitaFöG zu § 6

Die **Verpflichtung zur integrativen Förderung** in § 6 Abs. 1 Satz 1 KitaFöG hat sich somit **im Lichte der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen nochmals verstärkt**. Es ist sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen mit anderen Kindern in integrativ arbeitenden Gruppen gefördert werden.

Für die Förderung von Integrationskindern gibt es seit dem Jahre 2002 einen **Berliner Förderplan** für die Betreuung von Kindern mit Behinderungen in Integrationsgruppen und besonderen Gruppen (*abgedruckt unter Kennzahl 19.30*). Der Förderplan ist **Arbeitsmaterial** für die pädagogischen Fachkräfte und versteht sich als **Muster**; er kann entsprechend den Bedingungen des einzelnen Kindes angepasst werden.

Der Förderplan bildet den Rahmen für pädagogisches und therapeutisches Handeln. Er ist eine Informationssammlung für Erzieher(innen) und Therapeut(inn)en der Kinder- und Jugendambulanzen/Sozialpädiatrischen Zentren und stellt die Grundlage für den Austausch dar. Außerdem bietet er eine Grundlage für die Entwicklungsgespräche mit den Eltern und fördert die Reflexion über das Kind. Er ermöglicht eine Vergleichbarkeit bezüglich der Inhalte und Struktur und stellt die fachliche Übertragbarkeit an andere Mitarbeiter(innen) ohne Informationsverluste sicher (*vgl. Berliner Förderplan, abgedruckt unter Kennzahl 19.30, Erläuterungen 2.1*).

Der Förderplan ist aus **datenschutzrechtlichen Gründen** in der Kindertageseinrichtung verschlossen aufzubewahren.

5 Kinder mit erhöhtem und wesentlich erhöhtem Förderbedarf in Integrationsgruppen (Abs. 2 Sätze 1, 3–7) –

5.1 Einführung – Kindern, die aufgrund ihrer Behinderung spezieller Förderung bedürfen, sollen durch **ergänzende pädagogische Angebote** unterstützt und **zusätzliches sozialpädagogisches Personal** zur Verfügung gestellt werden (§§ 6 Abs. 2 Satz 1, 11 Abs. 2 Nr. 3 a KitaFöG, §§ 4 Abs. 7, 16 VOKitaFöG, *abgedruckt unter Kennzahl 11.20 und erläutert unter Kennzahl 16.04 und 16.11*).

Über den **Antrag von Eltern**, die ihr Kind zur Kindertagesbetreuung anmelden, entscheiden die Jugendämter durch die Erteilung eines Bedarfsbescheides. Für Kinder mit Behinderungen **weist der Gutschein** die Zuordnung zum Personenkreis der Behinderten aus sowie die **Feststellung eines Bedarfs an sozialpädagogischer Hilfe** (§ 7 Abs. 3 Satz 2 KitaFöG, § 5 Abs. 2 Nr. 3 VOKitaFöG).

5.2 Bedarfsfeststellung – Ein Bedarf an zusätzlicher sozialpädagogischer Hilfe für Kinder mit Behinderungen wird **vom zuständigen Jugendamt** unter Einbeziehung der im Bezirk für Behinderte **zuständigen Fachstelle geprüft und festgestellt** (§ 6 Abs. 2 Satz 3 KitaFöG i. V. m. § 4 Abs. 7 VOKitaFöG).

Dabei wird unterschieden zwischen einem **erhöhten** und einem **wesentlich erhöhtem Bedarf** an sozialpädagogischer Hilfe. Diese Unterscheidung ist für den Umfang des zusätzlichen Fachpersonals maßgeblich (*s. hierzu die Erläuterungen unter Ziffer 5.4*).

Für die Feststellung eines **erhöhten Bedarfs an zusätzlicher sozialpädagogischer Hilfe** ist nicht allein die Zuordnung zum Personenkreis der Behinderten maßgeblich, sondern es muss auch ein aus der Behinderung folgender, tatsächlicher Bedarf an zusätzlichem sozialpädagogischen Personal festgestellt werden. Das örtlich zuständige Jugendamt stellt den Bedarf an zusätzlicher sozialpädagogischer Hilfe für Kinder mit Behinderungen unter Einbeziehung der im Bezirk für

Behinderte zuständigen Fachstellen fest. **Beratende Fachstellen** für die bezirklichen Jugendämter sind:

- Behindertenhilfe/Regionale Dienste,
- Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD),
- Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)/Erziehungsberatungsstelle,
- Risikoberatungsstelle,
- Beratungsstellen für hör-, seh- und sprachbehinderte Kinder.

Kinder- und Jugendambulanzen/Sozialpädiatrische Zentren (SPZ) können um eine gutachterliche Stellungnahme gebeten werden, wenn das Kind dort betreut wird.

Nach § 4 Abs. 7 VOKitaFöG erfolgt die **Feststellung eines wesentlich erhöhten sozialpädagogischen Bedarfs** analog dem **Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII** im Zusammenwirken von sozialpädagogischen und therapeutischen Fachkräften. Das Feststellungsverfahren erfolgt in drei Schritten und ist im Einzelnen im Rundschreiben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Nr. 12/2006 (abgedruckt unter Kennzahl 49.07) beschrieben:

– **Einleitung des Feststellungsverfahrens**

Die Feststellung eines wesentlich erhöhten Bedarfs an sozialpädagogischer Hilfe erfolgt grundsätzlich **erst nach Aufnahme** und Beobachtung des Kindes in der Tageseinrichtung (§ 4 Abs. 7 Satz 5 VOKitaFöG).

Die **Dauer der Beobachtungsphase** des Kindes ist nicht weiter geregelt. Es kann von Kind zu Kind unterschiedlich sein. Wenn schon bei Aufnahme des Kindes die Schwere der Behinderung deutlich ist, erübrigt sich eine eigenständige Beobachtungsphase. Bei Kindern mit erhöhtem Bedarf an sozialpädagogischer Hilfe, die schon in der Einrichtung betreut werden, ist damit regelmäßig eine Beobachtungsphase, die die Grundlage für den Entwicklungsbericht bildet, bereits erfolgt.

Nach der Beobachtungsphase ist auf der Grundlage des Förderplans (Beobachtungsbogen und Verlaufsplan) durch die Facherzieher(in) für **Integration in Entwicklungsbericht des Kindes** zu erstellen, der mit den Eltern zu besprechen ist.

Wenn die Fachkräfte der Tageseinrichtung im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten des Kindes und der zuständigen Kinder- und Jugendambulanz/SPZ vermuten, dass das Kind aufgrund der Art und Schwere seiner Behinderung einen wesentlich erhöhten Bedarf an sozialpädagogischer Hilfe haben könnte, teilt die Leitung der Tageseinrichtung dies dem zuständigen Jugendamt (Wohnort des Kindes) mit. Der Entwicklungsbericht des Kindes ist mitzuliefern.

– **Bildung eines Ausschusses**

Das Jugendamt – in der Regel der/die für pädagogische Sachbearbeitung zuständige Mitarbeiter(in) – veranlasst daraufhin die **Einberufung eines Ausschusses** zur Feststellung eines wesentlich erhöhten Bedarfs an sozialpädagogischer Hilfe. **Der Ausschuss** setzt sich wie folgt zusammen:

Die Erziehungsberechtigten des Kindes, die für pädagogische Sachbearbeitung und die für Sozialpädagogische Dienste/Behindertenhilfe zuständigen Mitarbeiter(innen) der bezirklichen Jugendämter, der/die für pädagogische Koordination und Fachberatung zuständige Mitarbeiter(in) des Trägers, ein(e) fachlich zuständige(r) Mitarbeiter(in) der regional zuständigen Kinder- und Jugendambulanz/Sozialpädiatrisches Zentrum und/oder – einzelfallbezogen – ein(e) fachlich zuständige(r) Mitarbeiter(in) von Spezialberatungsstelle bzw. Fachambulanzen,

12.06 KitaFöG zu § 6

die Leitung, der/die Facherzieher(in) für Integration und der/die Gruppenerzieher(in) der Tageseinrichtung des Kindes.

Ärzte(innen) der Jugendgesundheitsdienste/Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienste können zum Ausschuss eingeladen und/oder um eine gutachterliche Stellungnahme gebeten werden.

Die **Teilnahme von weiteren Personen** (z. B. Praktikanten[inn]en) setzt das Einverständnis aller Beteiligten voraus.

– Feststellungsverfahren

Der Ausschuss fasst die einzelnen Darstellungen der Beteiligten über die Art und Schwere der Behinderungen des Kindes zusammen, bewertet diese und stimmt gemeinsam ab, ob sich daraus ein wesentlich erhöhter Bedarf an sozialpädagogischer Hilfe ergibt. **Grundlage für die Bewertung** sind der Entwicklungsstand des Kindes im motorischen Bereich (Grob- und Feinmotorik), sensorischen Bereich (isolierte Entwicklung der Sinnesorgane, Koordination der einzelnen Sinnesorgane, Handlungsabläufe), sprachlich-kommunikativen Bereich (Fähigkeit zur verbalen/nonverbalen Kommunikation), kognitiven Bereich, sozio-emotionalen Bereich (Ichentwicklung und Sozialentwicklung) sowie der Bedarf an pflegerischer Unterstützung im Alltag des Kindes.

Der Ausschuss soll im **Abstimmungsprozess** zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen. Wenn dies nicht gelingt, entscheidet das Jugendamt nach eigenem fachlichem Ermessen. Es kann im **Konfliktfall** die für die Integration behinderter Kinder zuständige Fachstelle der Senatsverwaltung konsultieren. Das **Abstimmungsergebnis des Ausschusses** ist in jedem Fall nach dem im Rundschreiben Nr. 12/2006 als Anlage 1 angefügtem Muster zu **protokollieren**. Bei der Feststellung eines wesentlich erhöhten Bedarfs an sozialpädagogischer Hilfe (Zustimmung) ist dem Protokoll ein Anhang nach dem in Anlage 2 befindlichen Muster beizufügen.

Die **Feststellung** des erhöhten oder wesentlich erhöhten Bedarfs an sozialpädagogischer Hilfe ist **in der Regel zu befristen** (§ 6 Abs. 5 KitaFöG, § 4 Abs. 7 Satz 2 VOKitaFöG). Wird eine Befristung im Ausschuss festgestellt, muss rechtzeitig vor Ablauf der Frist eine erneute Prüfung erfolgen. Sie sollte grundsätzlich **eine Dauer von 12 Monaten nicht unterschreiten** (§ 4 Abs. 7 Satz 4 VOKitaFöG). Da es sich um eine sog. „**Sollvorschrift**“ handelt, kommt eine Unterschreitung des vorgesehenen Befristungszeitraumes von 12 Monaten nur bei **atypischen Ausnahmefällen** in Betracht. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass bei Vorliegen eines **Regelfalles eine Mindestbefristung von 12 Monaten** ausgesprochen werden muss. Bei **Kindern mit schwerer Behinderung** kann für die gesamte Betreuungszeit in der Kindertageseinrichtung ein wesentlich erhöhter Förderbedarf festgestellt werden.

Rechtlich stellt die Befristung eine **Nebenbestimmung** zu dem Verwaltungsakt im Sinne des § 32 Abs. 2 Nr. 1 SGB X (*abgedruckt unter Kennzahl 21.30*) dar.

5.3 Gutscheinerteilung – Über den **Antrag** von Eltern, die ihr Kind zur Kindertagesbetreuung anmelden, entscheiden die Jugendämter durch die Erteilung eines Bedarfsbescheides. Die Eltern haben hierfür alle für die beantragte Leistung erheblichen Tatsachen **im Rahmen ihrer Mitwirkungspflicht** anzugeben (§ 7 Abs. 1 KitaFöG, § 3 Abs. 2 Satz 1 VOKitaFöG). Dies sind in jedem Falle Angaben darüber, ob das Kind zum Personenkreis nach § 35 a des SGB VIII oder der §§ 53 und 54 des SGB XII gehört (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 h VOKitaFöG). Ist ein Bedarf an zusätzlichem geeigneten pädagogischen Personal durch das Jugendamt bereits fest-

gestellt worden, sind auch diese Angaben im Antrag anzugeben, § 3 Abs. 2 Nr. 1 i VOKitaFöG.

Stellt das zuständige Jugendamt einen Anspruch oder Bedarf fest, wird ein Bescheid (**Gutschein**) erteilt (§ 7 Abs. 3 KitaFöG, § 5 Abs. 1 Satz 1 VOKitaFöG). Für Kinder mit Behinderungen **weist der Gutschein** die Zuordnung zum Personenkreis der Behinderten aus sowie die **Feststellung eines Bedarfs an sozialpädagogischer Hilfe** (§ 7 Abs. 3 Satz 2 KitaFöG, § 5 Abs. 2 Nr. 3 VOKitaFöG).

Im Einzelfall kann im **Zeitraum zwischen Antragstellung und Förderbeginn** eine umfassende Prüfung des behinderungsbedingten Bedarfs schwierig sein. Für diese Fälle muss dennoch eine sofortige Einschätzung erfolgen, um eine dem Kindeswohl gerecht werdende Förderung sicherzustellen (*vgl. Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 15/3925*). Deshalb darf eine **noch ausstehende Bedarfsfeststellung** für die kindbezogenen Zuschläge die Ausstellung des Gutscheins nicht verhindern (§ 6 Abs. 2 Sätze 6 und 7 KitaFöG). Ist eine **Bedarfsfeststellung** für die kindbezogene Zuschläge im Einzelfall **noch nicht abschließend möglich**, erfolgt sie **vorläufig** unter der für die Zukunft auflösenden Bedingung der Bestätigung.

Rechtlich stellt die Bedingung eine **Nebenbestimmung** im Sinne des § 32 Abs. 2 Nr. 2 SGB X (*abgedruckt unter Kennzahl 21.30*) dar. Die **abschließende Feststellung** ist in diesem Fall **unverzüglich nachzuholen**. Im Falle der Bestätigung der zusätzlichen Personalausstattung entfällt die Vorläufigkeit, im Falle einer Ablehnung wird die Finanzierung für die Zukunft nicht mehr gewährt. Der Träger ist also **nicht zur Rückzahlung** verpflichtet, wenn der Bedarf bei der endgültigen Feststellung nicht bestätigt wird.

Wird **nachträglich ein Bedarf oder wesentlich erhöhter Bedarf** an sozialpädagogischer Hilfe festgestellt, ist der Bescheid anzupassen (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 Satz 3 VOKitaFöG). Wurde der Bedarf befristet, hat er darüber hinaus den **Hinweis** zu enthalten, dass nach Ablauf der Frist eine weitere Prüfung des Bedarfs an zusätzlicher sozialpädagogischer Hilfe erforderlich wird (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 a VOKitaFöG).

5.4 Zusätzliches sozialpädagogisches Fachpersonal – Kindern, die aufgrund ihrer Behinderung spezieller Förderung bedürfen, sollen durch ergänzende pädagogische Angebote unterstützt und **zusätzliches sozialpädagogisches Personal** zur Verfügung gestellt werden (§§ 6 Abs. 2 Satz 1, 11 Abs. 2 Nr. 3 a KitaFöG, §§ 4 Abs. 7, 16 VOKitaFöG).

Werden in einer Tageseinrichtung **Kinder mit einem erhöhten Bedarf** an Förderung betreut, so ist neben der Regelausstattung mit Fachpersonal zusätzliches Fachpersonal im **Umfang von 0,25 Stellen** je Kind zur Verfügung gestellt (§ 16 Abs. 1 KitaFöG). Sind bei einem **Kind ein wesentlich erhöhter Bedarf** bei der Förderung festgestellt, so ist zusätzliches Fachpersonal im **Umfang von 0,5 Stellen** je Kind zur Verfügung gestellt (§ 16 Abs. 2 KitaFöG).

Sofern ein Bedarf festgestellt wird, beginnt die **Finanzierung mit dem Beginn des Monats der Antragstellung** (§ 6 Abs. 4 RV Tag, *abgedruckt unter Kennzahl 13.40*).

Wird der Bedarf an zusätzlichem sozialpädagogischem Fachpersonal zunächst nur **vorläufig festgestellt** (§ 6 Abs. 2 Sätze 6 und 7 KitaFöG, *s. die Erläuterungen oben unter Ziffer 5.3*), entfällt die Finanzierung dann für die Zukunft, wenn sich bei der abschließenden Feststellung der Bedarf an zusätzliche Personalausstattung nicht bestätigt hat.

12.06 KitaFöG zu § 6

Zu den **Aufgaben des zusätzlichen Fachpersonals** gehört die Unterstützung des Integrationsprozesses der einzelnen Kinder einschließlich der mit der Integration verbundenen Koordinationsaufgaben innerhalb und außerhalb der Einrichtung (§ 16 Abs. 4 Satz 1 VOKitaFöG).

In integrativ arbeitenden Gruppen muss mindestens eine **eingesetzte Fachkraft** über eine **Zusatzqualifikation** verfügen oder sich in der **Weiterbildung** zum Erwerb einer solchen Qualifikation befinden (§ 10 Abs. 3 KitaFöG, s. die Erläuterungen hierzu abgedruckt unter Kennzahl 12.10, Ziffer 3.2, § 16 Abs. 4 Satz 2 VOKitaFöG).

6 Therapeutische und heilpädagogische Hilfen (Abs. 2 Satz 2) – Soweit für Kinder mit Behinderungen **therapeutische und heilpädagogische Hilfen** im Sinne der §§ 53 und 54 des SGB XII (abgedruckt unter Kennzahl 21.40) oder des § 35 a SGB VIII (abgedruckt unter Kennzahl 21.20) gewährt werden, sollen diese nach Möglichkeit **in die Arbeit der Tageseinrichtung integriert** werden. Diese Regelung unterstreicht nochmals die bereits in § 6 Abs. 1 KitaFöG formulierte **Verpflichtung zur integrativen Förderung** (s. hierzu die Erläuterungen oben unter Ziffer 4).

Hierzu ist erforderlich, dass die Eltern **bei Anmeldung** der Bedarfsansprüche gem. § 3 Abs. 2 Nr. 1 h VOKitaFöG mitteilen, ob das Kind zum Personenkreis nach § 35 a SGB VIII oder §§ 53, 54 SGB XII gehört.

7 Besondere Gruppen (Abs. 3) – Soweit besondere Gruppen für Kinder mit Behinderungen erforderlich sind und ihre Eltern eine solche Förderung wünschen, sind diese nach Möglichkeit in Tageseinrichtungen einzurichten.

Abzustellen ist mithin, ob besondere Gruppen für Kinder erforderlich sind und die Eltern im Rahmen ihres **Wunschrechtes gem. § 5 SGB VIII** (abgedruckt unter Kennzahl 21.20) eine solche Förderung beantragen.

Für die **Personalausstattung in diesen besonderen Gruppen** bedeutet dies: Gem. § 16 Abs. 3 VOKitaFöG gilt nicht die Regelausstattung nach § 13 VOKitaFöG, sondern die Personalausstattung nach § 16 Abs. 1 VOKitaFöG, also Fachpersonal im Umfang von 0,25 Stellen je Kind.

8 Freie Träger – Gem. § 2 Abs. 3 KitaFöG gelten die Regelungen des § 6 KitaFöG zur Betreuung von Kindern mit Behinderungen **für alle Träger von Tageseinrichtungen**, auch wenn es sich um privatgewerbliche Träger oder gemeinnützige Träger handelt, die nicht auf Grundlage des KitaFöG finanziert werden.

9 Exkurs: Leistungen nach dem SGB IX –

9.1 Einleitung – Am 1. Juli 2001 ist das **9. Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)**, abgedruckt unter Kennzahl 21.26) betreffend die „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ in Kraft getreten. Das SGB IX soll nach der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Mai 2000 **eine gemeinsame Plattform** errichten, auf der durch Koordination und Kooperation eine einheitliche Praxis der Rehabilitation und der Behindertenpolitik erreicht werden kann. Es soll unter anderem die Erbringung von Leistungen organisieren und behinderten Menschen den Zugang erleichtern, neue Strukturen für die Zusammenarbeit von Leistungsträgern (Ämter), Leistungserbringern (Werkstätten, Wohnheimträger, ambulante Dienste) und Leistungsempfängern (den behinderten Menschen) errichten und die Leistungen der Rehabilitation und der Eingliederung behinderter Menschen

unter Sicherung von Qualität und Effizienz steuern (vgl. Castendiek/Hoffmann, *Das Recht der behinderten Menschen*, 3. Aufl. 2009, A Rz. 24). Das **Rehabilitationsrecht** sowie das **Schwerbehindertenrecht** wurden neu geordnet und bislang in besonderen Gesetzen geregelte Materie in das SGB eingefügt.

9.2 Früherkennung und Frühförderung, heilpädagogische Leistungen –

Welche Hilfe für ein Kind, das mit einer Erkrankung oder Behinderung geboren wurde, erforderlich ist, kann nur bestimmt werden, wenn die auszugleichenden Defizite feststehen. **Früherkennung** im Sinne von § 26 Abs. 2 Nr. 2, § 30 SGB IX verfolgt das Ziel, eine Erkrankung oder Behinderung möglichst frühzeitig zu diagnostizieren.

Hierzu dienen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) zunächst die vorgesehenen **altersspezifischen Reihenuntersuchungen** (U 1–J 1), die Fehlentwicklungen und Gesundheitsstörungen bei Säuglingen und Kleinkindern möglichst frühzeitig diagnostizieren sollen (vgl. hierzu auch die Erläuterungen unter Ziffer 2.2 zu § 9 Abs. 2 KitaFöG, abgedruckt unter Kennzahl 12.09). Darüber hinaus kann die **Früherkennung**, über die eigentliche Feststellung der Behinderung und gegebenenfalls auch deren Ursache, in einem medizinisch/ärztlich verantworteten individuellen Behandlungsplan einmünden. Zuständig für die Kosten der Frühdiagnostik ist die Krankenkasse.

Früherkennung im Sinne von § 30 IX ist aber aufgrund eines **ganzheitlichen Ansatzes** weiter angelegt. Früherkennung lässt sich auch als Teil der **Frühförderung** verstehen; beide umfassen auch **nicht ärztliche Leistungen** (sozialpädiatrische, psychologische, heilpädagogische), die im Zusammenwirken mit den fachübergreifenden Diensten, den Facheinrichtungen und den Erziehungsberechtigten auf ein **individuelles Förderkonzept** für das Kind hinauslaufen (vgl. hierzu: LSG Rheinland-Pfalz, *Breihaupt* 2007, S. 749, 751). Frühförderung ist der Oberbegriff für verschiedene Hilfeangebote. Es ist zu unterscheiden zwischen der Frühförderung als **Maßnahme der medizinischen Rehabilitation** gemäß den §§ 26 und 30 SGB IX und der **ergänzenden Frühförderung** nach den §§ 55 und 56 SGB IX. Diese Frühförderungsmaßnahmen unterscheiden sich danach, ob sie medizinisch veranlasst und begleitet sind (dann medizinische Rehabilitation) oder außerhalb medizinischer Begleitung als ergänzende pädagogische Hilfe ausgelegt sind (dann §§ 55 und 56 SGB IX, was den Regelfall darstellt).

Frühförderung wie auch Früherkennung werden beide als sog. **Komplexleistung** in Verbindung mit heilpädagogischen Leistungen (§ 56 SGB IX) erbracht (vgl. § 30 Abs. 1 Satz 2 SGB IX). Komplexleistungen sind Leistungen, die sich **gegenseitig ergänzen** und damit zwangsläufig auch **aufeinander abgestimmt** sein müssen. Unter Überwindung von institutionellen und rechtlichen Hindernissen soll somit ein interdisziplinäres und trägerübergreifendes System im sozialen Umfeld des Kindes geschaffen werden, das sich aus Fachleuten und Eltern zusammensetzt und Leistungen im medizinischen, diagnostischen, pädagogischen Bereich für das Kind unter Einbeziehung der Eltern vorhält (vgl. *Liebold, Auswirkungen des SGB IX auf die gesetzliche Krankenversicherung*, S. 218 f.).

Seit dem Inkrafttreten des SGB IX wird Frühförderung über den Zeitpunkt der Aufnahme in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung hinaus **bis zum Schulbeginn** gewährt (§§ 30, 56 SGB IX).

Die Einzelheiten der Frühförderung sind der **Frühförderungsverordnung** (FrühV) geregelt. Erste Anlauf- und Koordinationsstellen für die Frühförderung sind die **Frühförderstellen**. Sie bieten ein wohnortnahes **System medizinischer, pädagogischer, psychologischer und sozialer Hilfen** an.

12.06 KitaFöG zu § 6

Das **Team der Frühförderstellen** besteht in der Regel aus Fachkräften **verschiedener Berufsgruppen**, nämlich aus (Heil-)Pädagog(inn)en, Diplom-Psycholog(inn)en, Sozialpädagog(inn)en, Kinderärzt(inn)en sowie Psysio-, Ergo- und Sprachtherapeut(inn)en.

Neben den Frühförderstellen kann Hilfe von den **sozialpädiatrischen Zentren** in Anspruch genommen werden. Sozialpädiatrische Zentren sind **ärztlich geleitete Einrichtungen**, die Aufgaben der Diagnostik und Therapie wahrnehmen, die von den Frühförderstellen nicht übernommen werden können. Die sozialpädiatrischen Zentren sind also im Frühförderbereich danach nur **nachrangig zuständig**.

Die Frühförderstelle bzw. das sozialpädiatrische Zentrum erstellt unter Berücksichtigung des individuellen Bedarfs des Kindes zur Frühförderung, Förderung und Behandlung voraussichtlich erforderliche Leistungen in Zusammenarbeit mit den Eltern eine interdisziplinär entwickelten **Förder- und Behandlungsplan**. Dieser Förder- und Behandlungsplan muss anschließend dann den **beteiligten Rehabilitationsträgern zur Entscheidung** nach dem Verfahren der raschen Zuständigkeiterklärung (vgl. § 14 SGB IX) vorgelegt und innerhalb von zwei Wochen entschieden werden. Der Plan muss nach spätestens einem Jahr angepasst werden.

Ist die Frühförderung medizinisch veranlasst und begleitet (z. B. in Form von Krankengymnastik, Sprachtherapie, Ergotherapie), ist die **Krankenkasse Kostenträger**. Erfolgt die Frühförderung außerhalb medizinischer Begleitung als ergänzende heilpädagogische Hilfe, ist der **Sozialhilfeträger im Rahmen der Eingliederungshilfe** in der Regel zuständig, bei seelisch behinderten Kindern der **Jugendhilfeträger**. Für die Eltern ist dies Unterscheidung jedoch in der Regel ohne Bedeutung, da die Frühförderung insgesamt als Komplexleistung durchgeführt wird und die beteiligten Kostenträger sich untereinander **über die Aufteilung der Kosten abstimmen** müssen.

Bei der Versorgung eines behinderten Kindes in einer **integrativen Kindertagesstätte** stellt sich die Frage nach der **Kostenbeteiligung der Eltern**. Nach der Rechtsprechung (vgl. *BVerwG, NVwZ-RR 1999, 762*) besteht **kein sozialhilferechtlicher Anspruch** auf Übernahme der nach Landesrecht von allen Eltern in gleicher Weise erhobenen **Elternbeiträge** (vgl. *Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz – TKBG, abgedruckt unter Kennzahl 14.20*). Begründet wird dies damit, dass **keine Benachteiligung der Familien von behinderten Kindern** vorliege, sondern diese gleichermaßen mit den üblichen Kostenbeiträgen belastet seien, wenn der behinderungsbedingte Mehrbedarf vom Träger der Sozialhilfe bzw. vom Jugendhilfeträger übernommen wird.

Ähnliches gilt für die Frage, inwieweit bei Besuch der Kindertagesstätte **Anspruch auf einen Fahrdienst** besteht. Da auch nicht behinderte Kinder im Alter von 3 oder 4 Jahren den Weg von zu Hause zur Kita und zurück nicht ohne Begleitpersonen zurücklegen können, ist das Erfordernis der Begleitung im Regelfall **nicht behinderungsbedingt**, sondern **altersangemessen**. Um einen Anspruch auf Fahrdienst und gegebenenfalls auch eine Begleitperson begründen zu können, kommt es also darauf an, ob aufgrund der bestehenden Behinderung die **Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten** (z. B. wegen Angstzuständen oder Aggressionen) möglich ist oder bei näher gelegenen Einrichtungen aus den gleichen Gründen die Strecke zur Kita und zurück **aus behinderungsbedingten Gründen nicht zu Fuß** bewältigt werden kann (vgl. *Castendiek/Hoffmann, Das Recht der behinderten Menschen, 3. Aufl. 2009, B Rz. 317*).

9.3 Kostenübernahme für die Betreuung des Kindes – Sind die Eltern selbst von einer Rehabilitationsmaßnahme betroffen, ermöglicht § 54 Abs. 3 SGB IX die Übernahme der Kosten für die Betreuung.

Um insbesondere alleinerziehenden Müttern und Vätern Leistungen zur Teilhabe zur ermöglichen, bestimmt § 54 Abs. 3 SGB IX, dass die **Kosten für die Betreuung der Kinder des Betroffenen übernommen werden können**, wenn die Teilhabe an der Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben ohne die Betreuung der Kinder nicht möglich ist.

Die **Übernahme von Kinderbetreuungskosten** soll den Rehabilitanden von Sorgen über die Versorgung seiner Kinder während der Rehabilitation entlasten. Sie soll Versicherten die Wahrnehmung von Rehabilitationsmaßnahmen ermöglichen, die daran als alleinige oder maßgebliche Erziehungspersonen wegen der Versorgung ihrer Kinder anderenfalls gehindert sein könnten (*vgl. hierzu die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes, BSGE 77, 102, 105*). Nach § 54 SGB IX hat der Rehabilitand **ein Wahlrecht**, ob er eine Haushaltshilfe für die Betreuung seiner Kinder im eigenen Haushalt in Anspruch nimmt, sie zur Betreuung in einem anderen Haushalt (Angehörige, Freunde, Pflegefamilie) gibt oder zur Maßnahme mitnimmt und die Betreuung selbst gewährleistet. Liegen die Voraussetzung hierfür nicht vor, werden **Kindertagesbetreuungskosten in Höhe von höchstens 130,- Euro** je Kind und Monat übernommen.

Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); magere Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

1

1-Euro-Job
12.10/2.6
21.10/§ 16 d
21.11/S. 1

A

Abbau der vorhandenen Plätze in Tageseinrichtungen
13.40/§ 1 (6)

Abfallbeseitigung
51.22/3.4.1

Abholberechtigte
54.10/2.

Abschlussprüfung für Erzieher und Erzieherinnen
61.20/§§ 40 ff.

Akteneinsicht
11.10/§ 27 (2)
12.27/S. 1
21.30/§ 25
57.01/S. 6
72.10/§ 100

– Kitagebührenrecht
14.10/9.
– Gerichtsverfahren
72.10/§ 100

Aktualisierungsantrag
14.10/5.
– Einkommen des aktuellen Jahres
14.10/5.
– Verringerung des Einkommens
14.10/5.

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
66.11/S. 1
– Einführung
66.10/S. 1

Allgemeines Persönlichkeitsrecht
41.20/Art. 7

Amtspflegschaft
21.21/§ 54

Amtsvormundschaft
21.21/§ 54

Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe
11.10/§ 23 (3)
21.20/§ 75
21.21/§ 40

Anerkennung nach dem Sozialberufe-Anerkennungsgesetz
11.20/§ 11 (2)
16.11/2.2/2.3/2.4/2.5
61.10/S. 1

Anfechtungsklage
72.10/§ 42
– Rechtsschutzmöglichkeiten
72.00/1.4

Anforderungen
– an das Personal
11.10/§ 10
12.10/2
– an Bau, Ausstattung und Freiflächengestaltung
11.10/§ 12
12.12/S. 1 ff.
– an heizungs- und raumluftechnische Anlagen sowie an Warmwasseranlagen
46.10/§ 24

– gesundheitliche
12.10/2.4
51.22/4.1

angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen
12.10/2.6
21.10/§ 16 (3)

Anhörung Beteiligter
21.30/§ 24

Anmeldefristen für einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege
49.05/2.

Anmeldung zur Förderung von Kindern
49.05/1.
49.10/S. 1

Anschluss- und Benutzungszwang
46.10/§ 23

Anschriften der Ausbildungsstätten
61.22/S. 1

Anspruch auf Schadenersatz
41.10/Art. 34
71.10/§§ 823, 839

Ansteckungsverdächtiger
51.10/§ 2

Antrag
– auf Aussetzung der Vollziehung
72.00/1.6
72.10/§ 80 (6)
– auf ergänzende Betreuung an Grundschulen/Hort
49.20/S. 1

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

- | | | |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">– auf Förderung in einer Tageseinrichtung
11.10/§ 4 (4)/§ 7 (1)/§ 7 (5)
11.20/§ 2Anzeige von Unfällen
55.22/S. 1Arbeitsgelegenheit i. S. des SGB II
12.10/2.6
21.10/§ 16 d
21.11/S. 1Arbeitsgemeinschaften
21.20/§ 78Arbeitsschutz
62.10/S. 1 ff.Arbeitsstättenverordnung
62.30/S. 1 ff.Arbeitsverhältnis<ul style="list-style-type: none">– Arbeitsschutz
62.10/S. 1 ff.– Jugendschutz
63.10/S. 1 ff.– Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen
71.10/§ 622– Mindesturlaub
65.10/S. 1 ff.– Mutterschutz
64.10/S. 1– Tarifrecht
67.00/S. 1 ff.ärztliche Untersuchung
11.10/§ 9
12.09/S. 1
52.30/S. 1– durch den öffentlichen Gesundheitsdienst
11.10/§ 49 (2)
12.09/2.2– Einwilligung
12.09/2.2– vor Aufnahme
11.10/§ 9 (1)
12.09/1 Aufbewahrungsfristen
31.20/§ 11 | <ul style="list-style-type: none">Aufgaben der Jugendhilfe
21.20/§ 2
21.21/§ 2Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse
21.30/§ 48Aufklärungspflicht vor Festsetzung des Höchstbetrages
14.10/6.Auflösung des Eigenbetriebes
43.10/§ 2aufschiebende Wirkung
72.00/1.6
72.10/§ 80 (5)<ul style="list-style-type: none">– anordnen
72.10/§ 80 (5)/s. RechtsschutzAufsicht
21.21/§ 31
43.10/§ 2<ul style="list-style-type: none">– Aufsichtspflicht
54.10/1./3.
71.10/§ 832 (1)– Aufsichtspflichtperson
54.10/1.– Aufsichtspflichtverletzung
54.10/4.– Beginn und Ende
54.10/2.– Schule
31.40/S. 1– Zumutbarkeit
54.10/3.Aufsichtsführender
43.10/§ 2 (4)Aufwendungen der Kostspflichtigen
14.10/3.Ausbau von Tageseinrichtungen
11.10/§ 12
12.12/S. 1 | <ul style="list-style-type: none">Ausführungsvorschriften/s. VerwaltungsvorschriftenAusgleichszahlung
42.30/1.
42.40/2.<ul style="list-style-type: none">– Kostensätze
42.10/S. 1Auskunftspflicht des Arbeitgebers
21.30/§ 98Auskunftsrecht im Eigenbetrieb
43.00/2.4Ausländische Einkünfte
14.10/3.Ausscheiden aus der Betreuung
14.10/8.Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen
72.10/§ 54Ausschlussfrist gutscheinbezogener Zahlungen
13.40/§ 6 (3)außerunterrichtliche schulische Betreuungsangebote
11.10/§ 2 (2)
12.00/S. 3/S. 5
31.10/§ 19 (6)Ausstattung von Tageseinrichtungen
11.10/§ 12
12.12/S. 1
55.11/S. 1–8
79.10/S. 1–5Ausübung der elterlichen Sorge
71.10/§ 1627 |
|---|---|--|

B

Barrierefreiheit
11.10/§ 12 (1)

Baukosten
11.10/§ 21

Bedarf
11.10/§ 4 (2)/§ 4 (3)
– Feststellung im Gut-
schein für die Tagesbe-
treuung
11.20/§ 5 (2)
49.12/S. 1
– Feststellung
11.20/§ 4

**Bedarfsbescheid (Gut-
schein)**
11.20/§ 5

Bedarfsfeststellung
11.20/§ 4

Bedarfsgutschein
11.20/§ 5
– Rechtsschutz
72.00/2.1

Bedarfsplanung
11.10/§ 19 (1)
11.20/§ 3/§ 4/§ 7
13.40/§ 1 (4)
21.20/§ 80
21.21/§ 4/§ 41/§ 42/§ 44/
§ 45/§ 46

Bedarfsprüfung
11.10/§ 7
– für einen Platz in einer
Tageseinrichtung oder
Kindertagespflege
49.05/3./10.
49.10/B.

**Beginn und Ende der Kos-
tenbeteiligungspflicht**
14.10/8.

**Begründung des Verwal-
tungsaktes**
21.30/§ 35

Behinderung
11.10/§ 6 (1)
12.06/S. 1
– Barrierefreiheit
11.10/§ 12 (1)
12.12/S. 1

– Begriff
12.06/2.
21.26/§ 2
– Behindertengleichstel-
lungsgesetz
12.06/3.
– Früherkennung
11.10/§ 9 (3)
12.06/9
– integrative Förderung
11.10/§ 6 (1)
12.06/4.
21.26/§ 4 (3), § 19 (3)
– UN-Konvention über die
Rechte für Menschen mit
Behinderung
12.06/3.
– Verbot der Benachteil-
igung
11.10/§ 6 (1)
12.06/3.
66.11/§ 1

Behörde
21.30/§ 1 (2)

Beistandschaft
21.21/§ 54

Beitrittserklärung
12.13/4.

**Bekanntgabe des Verwal-
tungsaktes**
21.30/§ 37

Belästigung
66.10/4.
66.11/§ 3 (3)
– sexuelle Belästigung
66.10/4.
66.11/§ 3 (4)

Belehrung
12.09/1.
12.10/2.4
51.10/§ 35
51.20/S. 1
51.21/S. 1
51.22/4.3

Bemessungsgrundlage
– der Kostenbeteiligung
14.21/§ 2
– für den Personaleinsatz
11.10/§ 20

Benachteiligung
– Begriff
66.10/4
66.11/§ 3

– Benachteiligungsverbot
66.10/5
66.11/§ 2/§ 6/§ 9

Beratung
11.10/§ 9 (3)
11.20/§ 6
52.10/§ 21

Berlin
41.20/Art. 4 (1)

**Berlin-Brandenburg-Ver-
einbarung**
42.40/S. 1

**Berliner Bildungspro-
gramm**
11.10/§ 13
12.13/3. 1.

**Berliner Energiesparge-
setz**
46.10/S. 1

Berliner Förderplan
12.06/3.
19.30/S. 1

**berufsbegleitende Ausbil-
dung**
61.10/§ 11

**Berufsfreiheit nach dem
Grundgesetz**
41.10/Art. 12

Berufung gegen Urteile
72.10/§ 124

Bescheid
– Gutschein
11.20/§ 5
– Rechtsanspruch
11.10/§ 7 (3)/§ 7 (4)
– über den Förderbedarf
11.10/§ 23 (3)

**beschränkte Geschäftsfä-
higkeit**
71.10/§ 106

besondere Förderung
– bei Hochbegabung
32.10/§ 18
– bei vermutetem sonder-
pädagogischem Förder-
bedarf
32.10/§ 15
– für Schülerinnen und
Schüler nicht deutscher
Herkunftssprache
32.10/§ 17

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

- Kinder mit Behinderung
11.10/§ 6
19.30/S. 1
- in Tageseinrichtungen
11.10/§ 1 (3)
- Sprachstandsfeststellung
11.10/§ 5 a
12.05 a/S. 1
- von Integrationskindern
11.10/§ 6
19.30/S. 1
- Bestandsplätze**
13.40/§ 9 (5)
- Bestimmtheit und Form von Verwaltungsakten**
21.30/§ 33
- Beteiligung an den Kosten der Betreuung des Kindes**
 - zum Gutscheine für die Tagesbetreuung des Kindes
49.12/Anlage
- Betonung von Schwerpunkten**
32.10/§ 2 (3)
- Betreuung**
11.10/§ 1 (1)
- Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler**
14.10/1.
31.10/§ 19 (6)
- Betreuungsanteil**
14.21/S. 7
- Betreuungsbeginn**
14.10/8.
 - ärztliche Untersuchung vor Aufnahme
11.10/§ 9 (1)
12.09/1.
- Betreuungshelfer**
21.20/§ 30
- Betreuungsumfang**
11.10/§ 5
 - Änderung
49.05/9.
- Antrag auf ergänzende Betreuung an Grundschulen/Hort
49.20/5.
- erweiterte Ganztagsförderung
11.10/§ 5 (2)
- Ganztagsförderung
11.10/§ 5 (2)
- Halbtagsförderung
11.10/§ 5 (2)
- Reduzierung
11.10/§ 7 (8)
- Teilzeitförderung
11.10/§ 5 (2)
- Betreuungsvertrag**
11.10/§ 16
12.00/S. 6
42.20/S. 3
44.10/6.
 - Aufsichtspflicht
54.10/1.2
 - Datenschutz
57.01/S. 4
 - Förderungsvoraussetzung
11.10/§ 23 (3)
 - Kündigung
11.10/§ 16 (1)
 - Medikamentengabe
53.30/5.
 - privat-gewerblicher Betreuungsvertrag
11.10/§ 16 (4)
 - wichtiger Kündigungsgrund
14.10/1.
- Betreuungszeiten**
11.10/§ 5
 - Öffnungszeiten
11.10/§ 8
- Betreuungszeiträume**
14.10/8.
- Betrieb einer Einrichtung**
21.20/§ 45
21.21/§ 30
 - Aufsicht
21.21/§ 31
 - Betriebskosten
11.10/§ 22 (1)
- Eignung der Grundausstattung
21.21/§ 30 (1)
- Eignung der konzeptionellen und pädagogischen Zielsetzungen
12.10/8.3
21.21/§ 30 (1)
- Eignung der Räume und Freiflächen
11.10/§ 12
12.12/S. 1
21.21/§ 30 (1)
- Erlaubnis s. Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung
 - fachliche und persönliche Eignung aller Mitarbeiter der Einrichtung
12.10/2.2/2.3
21.21/§ 30 (1)
 - grundlegende Änderung der Struktur oder der Zweckbestimmung
21.21/§ 30 (3)
 - Meldepflichten
21.20/§ 47
21.21/§ 31
 - Mindestpersonalausstattung
11.20/§ 11 (4)
16.11/4.
 - Örtliche Prüfung
21.20/§ 46
 - Örtliche Zuständigkeit für Erlaubnis
21.20/§ 87 a
 - Personalausstattung
11.20/§ 11 (4)
16.11/4.
 - Personalkosten
11.10/§ 22 (2)
 - Rechtsschutz
72.00/2.2
 - Sachkosten
11.10/§ 22 (3)
 - Schließung oder Verlegung der Einrichtung
21.21/§ 30 (3)

<ul style="list-style-type: none"> - Sicherstellung der wirtschaftlichen Grundlage der Einrichtung 21.21/§ 30 (1) - Sicherstellung einer altersgemäßen Ernährung 21.21/§ 30 (1) - Tätigkeitsuntersagung 12.10/2.3 21.20/§ 48 72.00/2.2 - Wechsel der Trägerschaft 21.21/§ 30 (3) <p>Betrieblich geförderte Einrichtungen 11.10/§ 24</p> <p>Betriebserlaubnis 21.20/§ 45 21.21/§ 30 (1)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eignung der Fachkräfte 12.10/2.2/2.3 21.21/§ 30 - Familienpflege 21.20/§ 44 - Kindertagesstätte 21.20/§ 45 21.21/§ 30 - Nebenbestimmungen 12.10/2.3 12.13/4. 16.11/4 21.30/§ 32 - Rechtsschutz 72.00/2.2 - Tagespflege 21.20/§ 43 <p>Betriebs- und Berufshaftpflicht-Versicherung für freie Träger 56.00/2.</p> <p>Betriebskosten 11.10/§ 22/13.</p> <p>Betriebssatzung 12.20/1.3/3.1 43.10/§ 2 43.21/S. 1 43.22/S. 1 43.23/S. 1 43.24/S. 1 43.25/S. 1</p> <p>Betriebsübergang 71.10/§ 613 a</p>	<p>Beweismittel 21.30/§ 21</p> <p>Bewerbungsverfahren/s. Personal, Personalauswahlverfahren</p> <p>Bezirke 41.20/Art. 4 (1) 41.30/§ 1</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufgaben 41.30/§ 3 46.50/§ 3 - Kita-Eigenbetriebe 11.10/§ 20 12.20/S. 1 43.00/S. 1 <p>bezirkliche Trägerschaft 11.10/§ 20 (1)</p> <p>Bezirkseinteilung 41.30/§ 1</p> <p>Bezirksselternausschuss 11.10/§ 14 (5)</p> <p>Bezirksverordnetenversammlung 41.30/§§ 12 ff.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kita-Eigenbetriebe 43.00/2.4 <p>Bezirksverwaltungsgesetz 41.30/S. 1</p> <p>Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung 43.10/§ 24</p> <p>Bildung 11.10/§ 1 (1)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auftrag 12.13/3.1. - Programm 11.10/§ 13 12.10/8.1 <p>Brandsicherheit 79.10/S. 1</p> <p>Brandenburger Kinder 42.20/S. 1 42.31/S. 1</p> <p>Buchführung, Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling 43.10/§ 21</p> <p>Bundesstaat 21.00/1. 41.10/Art. 20 (1)</p>	<p>Bundeszentralregister 21.20/§ 72 a 79.20/S. 1</p> <p>Bußgeld 12.09/5. 12.10/2.4 21.20/§ 104 51.10/§ 73</p> <p style="text-align: center;">C</p> <p>chronisch kranke Kinder 11.10/§ 6 53.01/S. 1 53.30/3.</p> <p>Controlling 43.10/§ 21</p> <p style="text-align: center;">D</p> <p>DaKS – Dachverband Berliner Kinder- und Schülertäden e. V. 12.13/1. 13.40/§ 2 (1)</p> <p>Datenschutz 41.20/Art. 33 49.05/6. 55.20/§ 5 (3) 57.01/S. 1 61.10/§ 13</p> <p>Datenschutzbeauftragte 21.30/§ 81</p> <p>Datenverarbeitung 11.20/§ 9</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schuldaten 31.20/S. 1 <p>Datenvermeidung und Datensparsamkeit 21.30/§ 78 b</p> <p>deutsche Sprache 12.13/3.3</p> <p>Dienstanordnung/s. Verwaltungsvorschriften</p> <p>Dienstberatung 11.10/§ 10 (4) 12.10/4</p>
--	---	---

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

Dienstvereinbarungen (Eigenbetriebe) 43.00/4.3	Eigenbetrieb 11.10/§ 20 (1) 12.00/S. 5 12.13/1. 12.20/S. 1 14.21/§ 3 (1) 43.00/S. 1 43.10/S. 1	– Verwaltungsrat 12.20/1.2 43.00/2.3 43.10/§ 6
Dienstvertrag 71.10/§ 611	– Aufgaben der Geschäftsleitung 12.20/1.2 43.00/2.3 43.10/§ 4	– Weisungsrecht 43.00/2.4
– Arbeitsplatzausschreibung 71.10/§ 611 b	– Aufgaben des Verwaltungsrats 12.20/1.2 43.00/2.3 43.10/§ 7	– Wirtschaftliche Betätigung 43.00/3.
– Beendigung des Dienstverhältnisses 71.10/§ 620	– Auskunftsrecht 43.00/2.4	Eigenleistung 11.10/§ 23 (1)/§ 23 (2) 11.20/§ 8 (2) 21.20/§ 74 21.21/§ 47 (1)
– Betriebsübergang 71.10/§ 613 a	– Betriebssatzung 12.20/1.3/3.1 43.00/2.2 43.10/§ 2 43.21/S. 1 43.22/S. 1 43.23/S. 1 43.24/S. 1 43.25/S. 1	Ein-Euro-Job 12.10/2.6 21.10/§ 16 d
– fristlose Kündigung aus wichtigem Grund 71.10/§ 626	– Errichtung 12.10/1.3 43.00/2.2 43.10/§ 2	Eingangsuntersuchung (schulärztliche)/s. Grundschule
– geschlechtsbezogene Benachteiligung 71.10/§ 611 a	– Geschäftsleitung 12.20/1.2 43.00/2.3 43.10/§ 3	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche 21.20/§ 35 a
– Kündigungsfristen bei Dienstverhältnissen 71.10/§ 621	– Mitbestimmung 43.00/4.2	Einhaltung der Infektionshygiene 12.09/1. 12.10/2.4 51.10/§ 36
– Zeugniserteilung 71.10/§ 630	– Personalvertretungsgesetz 43.00/4.1	Einkommen 14.10/3. 14.20/§ 2 (2) 14.21/§ 2 (1)/§ 2 (2) 14.25/S. 2 21.42/S. 1
Diskriminierung 66.10/4 66.11/§ 3	– Sondervermögen 11.10/§ 10 43.00/2.1	– Ausgleich mit Verlusten 14.10/3.
E	– Umwandlung 11.10/§ 20 (3) 12.20/4. 43.00/5.	– ausländische Einkünfte 14.10/3.
Ehe, Familie, Kinder 41.10/Art. 6 41.20/Art. 12	– Vergaberecht 43.00/3.2	– Einkommen des aktuellen Jahres 14.10/5.
– Dienstvereinbarungen 43.00/4.3/s. auch Familie		– Einkommen des letzten Kalenderjahres 14.10/4.
ehrenamtliche Jugendarbeit 21.21/§ 10		– Einkommen des vorletzten Jahres 14.10/4.

- Einkunftsart
14.10/3.
- Kapitalvermögen
14.10/3.
- positive und negative Einkünfte
14.10/3.
- steuerfreies Existenzminimum auswärts lebender Kinder
14.10/3.
- Verringerung des Einkommens
14.10/5.
- Vorsorgeaufwendungen bei Selbstständigen
14.10/3.
- Einkommensgrenze**
14.10/1.
- Einkommensgruppen**
14.10/1.
- Einkommensteuergesetz**
14.10/3.
14.25/S. 1
- Einkünfte**
14.25/§ 2 (1)
- Einkunftsart**
14.25/§ 2 (1)
- Einrichtung**
41.20/Art. 22 (2)
- Einschulung**
12.13/3.3
- Schulpflicht
31.10/§ 42
- Einsichtnahme in Schülerunterlagen**
31.20/§ 9
- einstweilige Anordnung**
72.10/§ 123
72.00/1.6/3.3
- Einwilligung des gesetzlichen Vertreters**
71.10/§ 107
- Einziehung der festgesetzten Kostenbeteiligung**
14.10/9.
- EKG-Rahmenvereinbarungen**
13.12/S. 1
- Diakonisches Werk
13.45/Anlage 3
- EKT**
- Kostenbeteiligung
13.40/§ 4
- Rahmenvereinbarung
13.11/S. 3
- elterliche Sorge**
54.10/1.1
71.10/§ 1626
- Inhalt und Grenzen der Personensorge
71.10/§ 1631
- Personensorge
71.10/§ 1626 (1)
- Sorgeerklärungen
71.10/§ 1626 a (1)
- Vermögenssorge
71.10/§ 1626 (1)
- Vertretung des Kindes
71.10/§ 1629
- Eltern**
11.10/§ 3 (5)
21.21/§ 15/§ 24 (1)
32.10/§ 3
41.10/Art. 6 (2)
41.20/Art. 12 (3)
- Eltern-Initiativ-Kindertagesstätte**
11.10/§ 3 (3)
13.11/S. 1
- Eltern-Kind-Gruppe**
11.10/§ 3 (4)
13.40/Anlage 1 b
- Elternausschuss**
11.10/§ 14 (3)/§ 14 (4)
- Elternbeirat**
11.10/§ 14 (3)/§ 14 (4)
- Elternbeitrag**/s. auch Kostenbeteiligung
42.20/S. 3
42.30/3.4/
- Elternbestätigung**
49.11/S. 1
- Elternbeteiligung**
11.10/§ 14
12.13/3.4
- Bezirkselfternausschuss
11.10/§ 14 (5)
- Elternausschuss
11.10/§ 14 (3)
- Elternbeirat
11.10/§ 14 (3)
- Elternversammlung
11.10/§ 14 (3)
- Elternvertretung
11.10/§ 14 (3)
- Kindertagesstättenausschuss
11.10/§ 14 (6)
- Landeseelfternausschuss
11.10/§ 14
- Elterngeld**
23.12/§ 1/§ 2
- Elternversammlung**
11.10/§ 14 (3)/§ 14 (4)
- Elternvertretung**
11.10/§ 14 (3)/§ 14 (4)
- Elternzeit**
23.12/S. 1
- Kündigungsschutz
23.12/§ 18
- Energieeinsparung in mit öffentlichen Mitteln geförderten Gebäuden und Einrichtungen**
46.10/§ 9
- Energiepass**
46.10/§ 7
- Entgeltvereinbarung**
21.20/§ 78 b (1)
- Erfolgsplan**
43.10/§ 17
- ergänzende Betreuungsangebote**
31.10/§ 19 (6)
- Erkrankung**/s. Krankheit
- Erllass**/s. auch Verwaltungsvorschriften
- des Kostenbeitrags
14.10/1.
- einstweiliger Anordnungen
72.00/1.6
72.10/§ 123
- Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung**
21.20/§ 45
- Eignung/s. auch Betrieb einer Einrichtung
12.10/2.2/2.3/8.3
21.20/§ 45 (2)

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

- Familienpflegestelle
21.20/§ 44
- Kindertagesstätte
21.20/§ 45
- Mängel in einer Einrichtung
21.20/§ 45 (3)
- Nebenbestimmungen
12.10/2.3
16.11/4
21.20/§ 45 (2)
21.30/§ 32
72.00/2.2
- Rücknahme
21.20/§ 45 (2)
72.00/2.2
- Tagespflegestelle
21.20/§ 43
- Widerruf der Erlaubnis
21.20/§ 45 (2)
72.00/2.2
- als Bestandteil des Stellennachweises
43.10/§ 19
- zum Anmeldeverfahren für einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege
49.05/S. 1
- zum Gutschein für die Tagesbetreuung des Kindes
49.12/S. 4
- zur Festsetzung der Kostenbeteiligung
49.10/S. 4
- Ermäßigung des Kostenbeitrages**
14.10/2.
- Eintritt
14.21/§ 5 (3)
- Geschwisterkinder
14.10/2.
- Wegfall
14.21/§ 5 (3)
- Ermessensentscheidungen**
72.10/§ 114
- Ernährung**
12.13/3.6
- Errichtung eines Eigenbetriebes**
43.10/§ 2
- Erstattung**
 - Ansprüche der Leistungsträger untereinander
21.30/S. 58
 - Kostenbeteiligung der Eltern
14.10/4./5.
 - Kosten im Vorverfahren
21.30/§ 63
 - zu Unrecht erbrachter Leistungen
21.30/§ 50
- Erste Hilfe**
51.22/3.5
- Erstuntersuchung nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz**
52.10/§ 22 (3)
- erweiterte Ganztagsförderung**
11.10/§ 5 (2)
- Erzieher und Erzieherin**
 - für Jugendheime
61.10/§ 3 (2)
 - im kirchlichen Dienst
61.10/§ 3 (2)
 - in Jugendwerkhöfen
61.10/§ 3 (2)
 - private Vorsorge bei einem freien Träger
56.00/7.
- Erziehung**
11.10/§ 1 (1)
- in einer Tagesgruppe
21.20/§ 32
- religiöse
12.10/2.5
71.30/§ 1
- Erziehungs- und Familienberatung**
21.21/§ 22
- Erziehungsbeistand**
21.20/§ 30
- Erziehungsberatung**
11.10/§ 1 (4)
21.20/§ 28
- Essengeld/s. auch Mittagessen**
42.30/3.4
- Europa-Kita**
11.10/§ 25
12.10/8.5
12.13/3.5
- Evaluation**
11.10/§ 23 (3)
12.10/7
12.13/3.2
- interne
12.13/3.2
- F**
- Fachberatung**
11.10/§ 10 /§ 10 (10)
- Fachkraft**
11.10/§ 10 (1)/§ 10 (4)/§ 10 (5)
11.20/§ 11
12.10/2.1/2.2/3
16.11/2
- in integrativ arbeitenden Gruppen
11.10/§ 10
12.10/3.
- Sozialpädagogische Fachkraft
11.10/§ 10 (1)
11.20/§ 11
12.10/2.1
16.11/2
- Zusätzliche Fachkraft
11.10/§ 10 (1)
11.20/§ 11
12.10/2.1
16.11/3
- Fachkräftegebot**
11.20/§ 11
- Fachpersonal**
 - Definition
16.11/2.

- für Kinder im Grundschulalter
11.20/§ 14
- für Kinder in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen
11.20/§ 18
- für Kinder in Wohngebieten mit sozial benachteiligenden Bedingungen
11.20/§ 18
- für Kinder mit Behinderungen
11.20/§ 16
12.10/3.1/3.2
- für Kinder nicht deutscher Herkunftssprache
11.20/§ 17
- Grundsätze für die Ausstattung
11.20/§ 12
- Regelausstattung
11.20/§ 13
- Fachschule**
31.10/§ 34
- Ausbildung und Prüfung
61.20/S. 1
- Fahrdienst**
12.06/9.2
- Familie**
21.00/8.1
41.10/Art. 6
41.20/Art. 12
- Familienbildung**
11.10/§ 1 (4)
- festgesetzte Gesamtkosten**
13.20/S. 1
- Festsetzung der Sachkosten**
13.20/S. 5
- Finanzierung**
11.10/§ 18
13.10/§ 4
13.11/§ 4
13.12/§ 4
21.21/S. 21
42.30/3.3
- von Tageseinrichtungen
11.10/§ 23
11.20/§ 8
13.40/§ 1 (2)/§ 1 (3)/§ 4
21.20/§ 74 a
- von Tagespflege
11.10/§ 18
21.20/§ 23 (2)
- Finanzierungsvereinbarung**
44.10/12.
- Finanzplan**
43.10/§ 18
- Folgen von Verfahrens- und Formfehlern**
21.30/§ 42
- Förderausschüsse**
31.20/§ 15
- Förderbedarf**
42.30/3.6
- Förderung**
11.10/§ 1
31.10/§ 19 (6)
41.20/Art. 12 (5)
42.30/2.
- Anspruch
11.10/§ 4
- Auftrag
12.13/1.
- der freien Jugendhilfe
21.20/§ 74
21.21/§ 47
- der Kindertagespflege
21.20/§ 23
- Integrationskinder
11.10/§ 6
19.30/S. 1-26
- Formulare für das Antragsverfahren**
11.20/§ 9
- Form und Frist der Berufung**
72.10/§ 124 a
- Fortbildung**
11.10/§ 10 (4)
11.20/§ 11
12.10/4
16.11/5
21.21/§ 52
- Kosten
16.11/5.4
- Tagespflegeperson
11.10/§ 18 (3)
- Verpflichtung zur Teilnahme
11.10/§ 10 (8)
12.10/4.3
16.11/5.2
- Fortbildungsmaßnahmen**
11.10/§ 10 (8)
- freie Entfaltung der Persönlichkeit**
41.10/Art. 2
- freie Jugendhilfe**
21.20/§ 4
- freie Träger**
21.00/8.2
21.21/§ 4/§ 47
32.10/§ 28
44.10/S. 1
- Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe
21.20/§ 75
21.21/§ 40
- Finanzierung
11.10/§ 23
- Geltung des KitFöG
11.10/§ 2
- freie und öffentliche Jugendhilfe**
21.20/§ 4
21.21/§ 4
- Freifläche**
11.10/§ 12 (3)
- Freiheit der Person**
41.10/Art. 2
41.20/Art. 8
- Freistellung für Leitungsaufgaben**
11.20/§ 19
12.10/6.1
- Fremdsprache/s. auch Europa-Kita**
32.10/§ 11
- Freundschaftspionierleiter und Freundschaftspionierleiterin mit Lehrbefähigung**
16.11/2.4
61.10/§ 3 (2)
- Fristen**
- der Behörden
21.30/§ 26
- im Verwaltungsgerichtsverfahren
72.10/§ 57

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

Früherkennung von Behinderungen und Schädigungen

11.10/§ 9 (3)
12.06/9.

Frühförderung

- 12.06/9
- Frühförderungsverordnung
12.06/9.2
- Frühförderungsstelle
12.06/9.2
- Komplexleistung
12.06/9.2
- Sozialpädagogisches Zentrum
12.06/9.2

Fürsorge

41.20/Art. 12 (6)

Führungszeugnis

12.10/S. 7
21.28/§ 72 a
79.20/§§ 30 ff.

G

Ganztagsförderung

11.10/§ 5 (2)

Ganztagsgrundschule in gebundener Form

12.00/S. 5
32.10/§ 27

Ganztagsgrundschule in offener Form

12.00/S. 5
32.10/§ 26

Ganztagsplätze

21.20/§ 24 (1)

Gebühren und Auslagen eines Rechtsanwalts

21.30/§ 63 (2)

gegenseitige Nutzung von Plätzen in Brandenburg und Berlin

42.20/S. 1
42.30/S. 1

Geltungsbereich des KitaFöG

11.10/§ 2

Gemeinschaftseinrichtungen

51.10/§ 33

Gemeinschaftsverpflegung

51.10/§ 42 (1)

Gerichtskosten/s. Rechtsschutz

Geschäftsleitung

43.10/§ 3

Geschäftsunfähigkeit

71.10/§ 104

Geschwisterkinder

14.10/1.
14.21/§ 3 (3)

gesetzliche Feiertage

41.20/Art. 35

gesetzliche Unterhaltspflicht

14.10/2.

gesetzlicher Unfallversicherungsschutz

55.10/S. 1

gesundheitliche Anforderungen

12.10/2.4
51.22/4.1

Gesundheitsamt

11.10/§ 9 (2)
12.09/2.1
12.10/2.4
51.10/§ 2

Gesundheitsdienst

11.10/§ 9 (2)
12.09/2.1

Gesundheitsdienst – Zuständigkeitsverordnung

12.09/2.1
52.20/S. 1

Gesundheitsdienst-Gesetz

12.09/2.1
52.10/S. 1

Gesundheitsschädigung

51.10/§ 2

Gesundheitsvorsorge

11.10/§ 9

Gewalt gegen Kinder/s.

Kindeswohlgefährdung

gewaltfreie Erziehung

71.10/§ 1631 (2)

Giftpflanzen

51.22/3.4.4

Glaubens- und Gewissensfreiheit

41.10/Art. 4
41.21/S. 1

Glaubens- und Religionsfreiheit

12.10/2.5
41.20/Art. 29

Glaubhaftmachung

- der erheblichen Tatsachen
21.30/§ 23
- des aktuellen Einkommens
14.10/5.

Gleichbehandlung

- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
66.11/S.1
- Einführung in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz
66.10/S. 1
- Grundgesetz
41.10/Art. 3
- Verwaltungsvorschriften
12.27/1.2
21.00/10.3

<p>Gleichheit vor dem Gesetz 41.10/Art. 3 41.20/Art. 10 – Kitagebühren 14.10/5 – Verwaltungsvorschriften 12.27/1.2</p> <p>Gleichstellung – Behinderter 21.26/§ 2 41.20/Art. 11 – nicht ehelicher Kinder 41.20/Art. 13</p> <p>Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 14.10/5. 41.10/S. 1</p> <p>Grundrechte 41.10/S. 1 41.20/S. 2 – der Eltern und Kinder 14.10/1.</p> <p>Grundsätze für die Ausstattung mit Fachpersonal 11.20/§ 12</p> <p>Grundschule 32.10/S. 1 – Aufnahme und Zuweisung 32.10/§ 4 – schulärztliche Eingangsuntersuchung 12.09/2.1 31.10/§ 56 (5) 32.10/§ 5</p> <p>Grundschulverordnung 12.00/S. 6 32.10/S. 1</p> <p>Gruppenerzieher und Gruppenerzieherin 61.10/§ 3 (2)</p> <p>Gruppenprophylaxe 52.10/§ 23 (1)</p>	<p>Gutschein für die Tagesbetreuung des Kindes 11.20/§ 5 12.00/S. 6 49.12/S. 1 – Ausschlussfrist für Zahlungen 13.40/§ 6 (3) – Gutscheinformfinanzierung 12.00/S. 6 – Gutscheinnummer 12.00/S. 6 – Rechtsschutz 72.00/2.1</p> <p style="text-align: center;">H</p> <p>Haftung – bei Amtspflichtverletzung 41.10/Art. 34 – in einer Kindertagesstätte 56.00/2.1</p> <p>Halbtagsförderung 11.10/§ 5 (2)</p> <p>Härteregelung 14.21/§ 4</p> <p>Heilung von Verfahrens- und Formfehlern 21.30/§ 41</p> <p>Heimerzieher und Heimerzieherin 61.10/§ 3 (2)</p> <p>Heimerziehung 21.20/§ 34</p> <p>Hilfe zur Erziehung 21.20/§ 27</p> <p>Hilfeplanung 21.23/S. 1–13</p> <p>Hochbegabung 32.10/§ 18</p> <p>Höchstbetrag 14.10/4./6.</p> <p>Höhe – der Ausgleichszahlungen 42.10/S. 1 – der Kostensätze 42.10/S. 1</p>	<p>Hortbetreuung 12.000/2.3 31.10/§ 19 (6)</p> <p>Hort erzieher und Hort erzieherin 61.10/§ 3 (2)</p> <p style="text-align: center;">I</p> <p>Impfbücher 12.09/2.2</p> <p>Impfschaden 51.10/§ 2</p> <p>Impfstatus 11.10/§ 9 (2) 12.09/2.2</p> <p>individuelle Berechnung der Kostenbeteiligung 14.10/3.</p> <p>Infektion 12.10/2.4 51.10/§ 2</p> <p>Infektionskrankheit 12.10/2.4 51.10/S. 1 51.20/S. 1</p> <p>Infektionsschutzgesetz 12.10/2.4 51.10/S. 1 – ansteckende Erkrankung 51.20/S. 1 – Belehrung für Eltern 51.20/S. 1 – Bescheinigung des Gesundheitsamtes 51.10/§ 43 – Lebensmittel 51.10/§ 42 (2) – Rahmen-Hygieneplan 51.22/S. 1</p> <p>Informationspflicht 11.10/§ 14 (1)/§ 14 (4)</p> <p>Inhalt der Klageschrift 72.10/§ 82</p> <p>integrativ arbeitende Gruppen 11.10/§ 6 (1)/§ 10 (3) 12.06/4. 12.10/3.2</p>
--	---	---

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

Integrativeinrichtung 11.10/§ 10 (3)

- Integrationskinder**
11.10/§ 6
12.06/1–9
- Förderplan für Integrationskinder
19.30/S. 1–26
12.06/4.
 - Früherkennung
11.10/§ 9
12.06/9.
 - Personalausstattung
11.10/§ 11 (3)
11.20/§ 16
12.10/3.2

- Integrationskurse (Zuwanderungsgesetz)**
11.20/§ 3 (2)
73.10/§ 43 ff.
73.11/S. 1–6

- Integriertes Praktikum in der Ausbildung von**
- Diplom-Heilpädagogen und Diplom-Heilpädagoginnen
61.10/§ 7
 - Erziehern und Erzieherinnen
61.10/§ 8
 - Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen und von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen
61.10/§ 6
 - intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
21.20/§ 35

- Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (KF)**
12.06/2.

- Inventarversicherung bei freien Trägern**
56.00/5.

- IT-Verfahren**
11.20/§ 8/§ 9

J

- Jahresabschluss und Lagebericht**
43.10/§ 23

- jährliche Überprüfung**
14.10/7.

- Jugendamt**
21.00/8.3
21.20/§ 69
21.21/§ 34

- Jugendarbeitsschutz**
21.21/§ 17

- Jugendhilfeausschuss**
21.20/§ 71
21.21/§ 34 (1)/§ 35
41.30/§ 33

- Jugendhilfeplanung**
11.10/§ 19 (1)
21.20/§ 80

- Jugendschutzgesetz**
63.10/S. 1

K

- karitative Zwecke fördern**
41.20/Art. 22 (2)

- Katastrophenschutz**
52.10/§ 19

- Kaufvertrag**
44.14/S. 1

- Kinder mit Behinderungen**
11.10/§ 6
- Förderplan für Integrationskinder
19.30/S. 1–26
 - Früherkennung
11.10/§ 9 (3)
 - Personalausstattung
11.10/§ 11 (3)
11.20/§ 16
12.10/3.2

- Kinder- und Jugendgesundheitsdienst**
52.10/§ 22

- Kinder- und Jugendhilfe**
21.20/S. 1
- Hilfeplan
21.20/§ 36
 - Mitwirkung
21.20/§ 36
 - Wunsch- und Wahlrecht
21.20/§ 5

- Kinder- und Jugendhilfegesetz**
21.20/S. 1

- Kinderdiakon und Kinderdiakonin**
61.10/§ 3 (2)

- Kindererziehung**
41.20/Art. 12 (7)
- religiöse
11.10/§ 10 (2)
12.10/2.5
71.30/S. 1

- Kindergärtner und Kindergärtnerin**
61.10/§ 3 (2)

- Kinderschutz/s. Kindeswohlgefährdung**

- Kinderspielplätze**
12.12/Exkurs
54.10/S. 1

- Kindertagesbetreuungsreformgesetz**
14.10/1.

- Kindeswohlgefährdung**
11.10/§ 9 (5)
12.09/6.
21.20/§ 8 a
21.25/1–6
21.26/S. 1
31.30/1–3
- Krisentelefon
12.09/6.2
 - Schutzauftrag
12.09/6.1
21.20/§ 8 a

- sexuelle Gewalt
12.09/6.2
21.26/S. 1–12
- Wächteramt
12.09/6.1
41.10/Art. 6
- Zusammenarbeit Kita und Jugendamt
11.10/§ 9 (5)
12.09/6.2
- Zusammenarbeit Schule und Jugendamt
31.30/S. 1–3
- Kirchenklausel**
66.10/6.2
66.11/§ 9
- Kita-Gutschein/s. Gutschein**
- Kita-Eigenbetrieb/s. Eigenbetrieb**
- Komplexleistung**
12.06/9.2
- Klage/s. Rechtsschutz
- Kooperation**
- mit dem Gesundheitsdienst
11.10/§ 9 (2)
12.09/3.
- mit der Schule
11.10/§ 1 (4)
31.10/§ 4 (1)
- Kopflausbefall**
51.32/S. 1–10
- Kopftuchverbot**
12.10/2.5
- Kostenbeitrag**
14.21/S. 7
42.30/3.3
- Kostenbeteiligung**
11.10/§ 16 (1)/§ 23 (1)/§ 26
13.10/§ 5
13.11/§ 5
13.12/§ 5
13.40/§ 5
14.10/S. 1–7
14.20/§ 1/§ 2 (1)/§ 3
14.21/§ 1/§ 3
49.05/5.
- Aktualisierung
14.10/5.
- Beginn
14.10/8.
14.21/§ 6
- Bemessungsgrundlage
14.20/§ 2
- Einkommen
14.10/3.
- Ende
14.10/8.
14.21/§ 6
- Erläuterungen
49.10/S. 4
- Ermäßigungstatbestand
14.10/2.
- Festsetzung
14.21/§ 5
- für ergänzende Kindertagespflege
14.21/§ 2 (4)
- Härteregelung
14.21/§ 4
- Höchstbetrag
14.10/6.
- Höhe
14.20/§ 3
- Kostenübernahme bei Reha-Maßnahme der Eltern
12.06/9.3
- Rechtsschutz
72.00/3.
- zum Gutschein für die Tagesbetreuung des Kindes
49.12/Anlage
- Kostenbeteiligungspflichtige**
14.20/§ 1
- Kostenblatt**
13.20/S. 3
13.30/S. 1
13.31/S. 1
13.40/Anlage 1 a
42.30/3.3
- Kostenblatt für EKG**
13.30/S. 1
13.40/Anlage 1 b
- Kostenblatt für Waldkindertageseinrichtungen**
13.31/S. 1
13.40/Anlage 1 c
- Kostenerstattung**
11.10/§ 23 (1)
12.13/4.
13.10/§ 6
13.11/§ 6
13.12/§ 6
42.20/S. 4
- Kostenfreiheit**
- im Kita-Gebührenrecht
14.10/10.
- im Verwaltungsverfahren
21.30/§ 64
- Kostenregelung**
72.10/§ 154
- Kostensätze**
21.21/§ 49 (1)
- Kostenübernahme**
42.30/3.2/S. 2
- Kostenübernahmeerklärung**
42.20/S. 3
42.30/3.6/3.7
42.31/S. 1
- Krankheit**
- Arbeitnehmer
65.05/§ 1/§ 3
- chronische Krankheit
11.10/§ 6
53.01/S. 1
53.30/3.
- Kinder
11.10/§ 9
12.09/1.–2.
- übertragbare Krankheiten
51.30/S. 1
- Wiedenzulassung nach Krankheit
12.09/1.
51.31/S. 1
51.32/S. 1
- Krankheitserreger**
12.10/2.4
51.10/§ 2
- Krippenerzieher und Krippenerzieherin**
61.10/§ 3 (2)
- Kündigung**
- Arbeitnehmer
71.10/§ 621/§ 622/§ 623/§ 626
- Betreuungsvertrag
11.10/§ 16 (2)

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

- L**
- Lagebericht**
43.10/§ 26
- Land Brandenburg**
42.20/S. 1
- Landeselternausschuss**
11.10/§ 15
- Landesgleichberechtigungsgesetz**
12.06/3.
- Landeshilfausschuss**
21.21/§ 37
- Landesjugendamt**
21.00/8.4
21.20/§ 69 /§ 70
21.21/§ 36
- Landesjugendhilfeausschuss**
21.20/§ 71
- Landesrechtsvorbehalt**
12.00/S. 2
21.00/10.
21.20/§ 26
- Lebensmittelüberwachung**
52.10/§ 17
- Lehrer und Erzieher**
52.10/§ 22 (4)
- Leistungen der Träger**
13.10/§ 3
13.11/§ 3
13.12/§ 3
13.40/§ 3
- Leistungsberechtigung**
42.30/3.1
- Leistungsnachweis**
13.11/§ 7
13.12/§ 7
– und Verrechnungsverfahren
13.10/§ 7
- Leistungsvereinbarung**
11.10/§ 23 (3)/§ 23 (4)
21.20/§ 78 b (1)/§ 78 c (1)
- Leistungsverpflichtung**
11.10/§ 2/§ 4 (5)
21.20/§ 3 (2)
42.30/S. 1
- Leitung**
11.10/§ 10 (6)
– Freistellung für Leitungsaufgaben
11.20/§ 19
12.10/6.1
– Anforderungen an die Leitung
11.10/§ 10 (7)
12.10/6.2
- Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten**
32.10/§ 16
- LIGA der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege**
13.40/§ 2 (1)
- Löschgeräte**
79.10/10
- M**
- Maßnahmeplanung**
11.20/§ 7
12.13/4.
- Medikamente**
53.01/S. 1
53.30/S. 1–4
- Meinungs- u. Informationsfreiheit**
41.20/Art. 14
- Meldepflicht**
11.10/§ 23 (5)
12.10/2.4
21.10/§ 58/§ 59
21.21/§ 31
– meldepflichtige Erkrankungen
51.22/4.4.1
– meldepflichtige Krankheiten
51.10/§ 6
- über die Inanspruchnahme eines Platzes
49.14/S. 1
- Mietausgleich über die Raumkostenpauschale hinaus**
13.40/§ 9 (3)
- Mindestbetrag der Kostenbeteiligung der Eltern**
14.10/2.
- Mindestpersonalausstattung**
11.20/§ 11 (4)
16.11/4
- Misshandlung von Kindern**
11.10/§ 9 (5)
12.09/6.
21.25/S. 1
21.26/S. 1
- Mitbestimmung (Eigenbetriebe)**
43.00/4.3
- Mittagessen**
11.10/§ 5 (4)
14.10/1.
- Mitteilung über die Registrierung eines Betreuungsvertrages auf den Gutschein**
14.13/S. 1
- Mitteilungspflicht**
14.10/2.
- Mitwirkungspflicht**
11.20/§ 3 (2)
14.10/6.
21.10/S. 4
51.22/4.2
- Modellversuche**
11.10/§ 25
12.10/8.4
- mündliche Verhandlung**
72.10/§ 101
72.00/1.5

Muster-Nutzungsvertrag
44.13/S. 1

Mutter
41.20/Art. 12 (6)

N

Nachforderung
14.10/4./5.

Nachweis der ordnungsgemäßen Weiterleitung der öffentlichen Mittel
13.40/§ 2 (3)

Nebenbestimmungen
– zum Gutschein für die Tagesbetreuung des Kindes
49.12/S. 1/S. 2
– zum Verwaltungsakt
21.32/§ 32
– zur Betriebserlaubnis
21.20/§ 42 (2)
72.00/2.2

negative Glaubensfreiheit
11.10/§ 10 (2)
12.10/2.5

Nichtraucherschutz
11.10/§ 9 (4)
12.09/5.
31.10/§ 52 (4)

Nichtraucherschutzgesetz
12.09/5.

Nutzung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung im jeweils anderen Bundesland
42.20/S. 2

O

Oberste Landesjugendbehörde
21.21/§ 36

öffentlich-rechtlicher Vertrag

- 21.30/§ 53
– Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen
21.30/§ 59
– Austauschvertrag
21.30/§ 55
– Betreuungsvertrag
11.10/§ 16
12.16/S. 1
– ergänzende Anwendung von Vorschriften
21.30/§ 61
– Nichtigkeit
21.30/§ 58
– Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsakte
21.30/§ 62
– Schriftform
21.30/§ 56
– Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung
21.30/§ 60
– Vergleichsvertrag
21.30/§ 54
– Zustimmung von Dritten und Behörden
21.30/§ 57

öffentliche

- Abgaben und Kosten
72.10/§ 80 (2)
– Ausschreibungen (Eigenbetriebe)
43.00/3.2
46.40/§ 113 (2)/§ 55 (1)
– Bildungseinrichtungen
41.20/Art. 20 (1)
– Jugendhilfe
21.20/§ 4

Öffnung der Schulen
31.10/§ 5

Öffnungszeiten
11.10/§ 8 /§ 16 (1)
– Tagespflege
11.10/§ 17 (4)

ordentlicher Rechtsweg
41.10/Art. 34

Ordnungswidrigkeit
21.20/§ 104

Organisationsaufbau der Kinder- und Jugendhilfe
21.00/8.

Organisation des Jugendamts
21.20/§ 70

örtlicher und überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe
21.21/§ 33

P

pädagogische

- Konzeption
11.10/§ 10 (3)
12.10/8
12.13/3.1
21.21/§ 30 (1)
– Leitung
11.10/§ 10 (6)/§ 10 (7)
– Nutzfläche
11.10/§ 12 (3)

Personal

- 11.10/§ 10 (1)
43.10/§ 9
– Anforderungen
11.10/§ 10 (1)
12.10/2
– im Küchen- und Lebensmittelbereich
51.22/4.3.1
– Personalausstattung
11.10/§ 11
11.20/§ 13/§ 14/§ 15/
§ 16/§ 17/§ 18
16.11/4
– Personalauswahlverfahren
66.10/8.2
– Personalbemessung
11.20/§ 20

Personalkosten

- 11.10/§ 22 (2)
13.10/§ 8
13.11/§ 8
13.12/§ 8
13.20/S. 3
13.40/§ 8
– Personalüberleitung
44.10/7.

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

- Personalüberleitungsvertrag
44.12/S. 1
 - Personalvertretungsgesetz (Eigenbetriebe)**
43.00/4.
 - Petitionsrecht**
41.10/Art. 17
41.20/Art. 34
 - Pflegezeitgesetz**
24.10/§§ 1 ff.
 - Pflicht zur Auskunft**
21.20/§ 97 a
 - Eigenbetrieb
43.00/2.4
 - Pflichtverletzung zur Rahmenvereinbarung**
13.40/§ 7 (1)
 - Platznachweis**
11.10/§ 7 (5)
11.20/§ 6
 - Platzsuche für einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege**
49.05/8.
 - Praxisberatung**
21.21/§ 52
 - Praxisstellen**
61.10/§ 9/§ 10
 - Primarstufe**
32.10/§ 1 (1)
 - private Vorsorge der Erzieherinnen und Erzieher in einer Kindertagesstätte freier Träger**
56.00/7.
 - Prozess/s. Rechtsschutz**
 - Prozesskostenhilfe**
72.00/1.5
72.10/§ 166
 - Prüfung für einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Kindertagesstätte**
 - bei Verstößen gegen die Rahmenvereinbarung
13.40/§ 7 (2)
 - des Bedarfs
49.05/3.
 - des Betreuungsumfangs
49.05/4.
 - PrüfVO – Erzieher**
61.20/S. 1
- Q**
- Qualifizierung des Fachpersonals**
11.10/§ 10 (8)
 - Qualitätsentwicklung**
11.10/§ 10 (8)
21.21/§ 49 (2)
 - Qualitätsentwicklungsvereinbarung
11.10/§ 13/§ 23 (3)
21.20/§ 78 b (1)
 - Qualitätssicherung**
32.10/S. 14
 - Quote (Antidiskriminierung)**
66.10/6.4
66.11/§ 5
- R**
- Rahmen-Hygieneplan**
51.22/S. 1
 - Mitwirkungs- bzw. Mitteilungs-pflicht
51.22/4.2
 - Rahmenvereinbarung**
 - über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Eltern-Kind-Gruppen
13.12/S. 1
 - über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten der freien Jugendhilfe
13.10/S. 1
 - über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen
13.40/S. 1
 - über die Unterstützung, Finanzierung und Leistungssicherstellung der Eltern-Initiativ-Kindertagesstätten
13.11/S. 1
 - Rahmenverträge**
21.20/§ 78 f
 - Rangfolge bei Rechtsnormen**
12.27/1.1
 - Ratifikation**
12.06/4.
 - Rauchverbot/s. Nichtraucher-schutz**
 - Rechenschaft der Geschäftsleitung des Eigenbetriebes**
43.10/§ 27
 - Rechnungswesen des Eigenbetriebes**
43.10/§ 15
 - Recht auf**
 - Arbeit
41.20/Art. 18
 - Bildung
31.10/§ 2
 - Erziehung
21.20/§ 1
31.10/§ 2
 - Leben
41.20/Art. 2
41.20/Art. 8
 - Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler**
31.10/§ 46

- rechtliches Gehör**
41.10/Art. 103 (1)
41.20/Art. 15 (1)
- Rechtsanspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung**
11.10/§ 4 (1)
- Rechtsbehelfe**
– gegen Verwaltungsakte
21.30/§ 62
– Rechtsbehelfsbelehrung
21.30/§ 36
72.10/§ 58
– zum Gutschein für die Tagesbetreuung des Kindes
49.12/S. 2
- Rechtsgrundlage für die Erhebung von Teilnahmebeiträgen**
14.10/1.
- Rechtsnormen**
12.27/1.1
21.00/2.
- Rechtsschutz**
72.00/S. 1 ff.
– aufschiebende Wirkung
72.00/1.6/3.3
72.10/§ 80 (1)
– Bedarfsgutschein
72.00/2.1
– Betriebserlaubnis
72.00/2.2
– einstweilige Anordnung
72.00/1.6/3.3
72.10/§ 123
– Gerichtskosten
72.00/1.5
72.10/§ 188 (2)
– Klage
72.00/1.4/3.2
72.10/§ 42/§ 43
– Kita-Kostenrecht
72.00/3.
– Prozesskostenhilfe
72.00/1.5
72.10/§ 166
– Rechtsweg
41.10/Art. 19 (4)
41.20/Art. 15 (4)
72.00/1.2
72.10/§ 40
- Verwaltungsgericht
72.00/1.5
72.10/S. 1 ff.
– vorläufiger Rechtsschutz
72.00/1.6
– Widerspruch
72.00/3.1
72.10/§ 68 ff.
- Rechtsschutzvereinbarung bei freien Trägern**
56.00/4.
- Rechtsverordnung/s. Verordnung**
- Rechtsvorschriften/s. Rechtsnormen**
- Rechtssystem**
21.00/S. 1–28
- Rechtsweg**
41.10/Art. 19 (4)
41.20/Art. 15 (4)
72.00/1.2
72.10/§ 40
- Regelsätze**
– nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch
21.42/§ 1
– Regelsatzfestsetzungsverordnung
21.42/S. 1
- Registrierung eines Betreuungsvertrages**
49.13/S. 1
- Rehabilitationsrecht**
12.06/9.1
- Reinigung und Desinfektion**
51.22/3.2
– Reinigungs- und Desinfektionsplan
51.22/S. 18
- Religion**
– religiöse Erziehung
12.10/2.5
71.30/§ 1
– Religions- und Weltanschauungsunterricht
41.21/§ 2
- religiös oder weltanschaulich geprägte Kleidungsstücke
11.10/§ 10 (2)
12.10/2.5
41.21/§ 2
– religiöse oder weltanschauliche Symbole
11.10/§ 10 (2)
12.10/2.5
41.21/§ 2
– religiöse und weltanschauliche Bekenntnisse
41.21/S. 1
- Richtlinie/s. Verwaltungsvorschriften**
- Rücknahme**
– eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsaktes
21.30/§ 45
– eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes
21.30/§ 44
– und Widerruf im Rechtsbehelfsverfahren
21.30/§ 49
- S**
- Sachkosten**
11.10/§ 22 (3)
13.20/S. 5
13.40/§ 8/Anlage 1 a
Blatt 3–5/Anlage 1 b/Anlage 1 c
- Schadenersatzpflicht**
71.10/§ 823
– durch die Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung bei freien Trägern
56.00/2.3
– Haftung des Aufsichtspflichtigen
54.10/4.
– Minderjährige
71.10/§ 828

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

- | | | |
|---|--|---|
| <p>Schädlinge
– Bekämpfung
51.22/3.4.3
52.10/§ 18
– Prophylaxe
51.22/3.4.3</p> <p>Schiedsstelle
21.20/§ 78 g</p> <p>Schließzeit
11.10/§ 16 (1)</p> <p>Schulanfangsphase
32.10/§ 7 (2)</p> <p>schulärztliche Eingangsuntersuchung/s. Grundschule</p> <p>Schuldatenverordnung
31.20/S. 1</p> <p>Schulen besonderer pädagogischer Prägung
32.10/§ 1 (2)</p> <p>Schulen mit sonderpädagogischem Förder-schwerpunkt
32.10/§ 1 (1)</p> <p>Schüler- und Kinderspeisung
53.10/S. 1</p> <p>Schülerbogen
31.20/§ 2</p> <p>Schülerkarteien
31.20/§ 4</p> <p>Schülerpersonalblatt, Schülerakte
31.20/§ 3</p> <p>Schülerunterlagen
31.20/§ 1</p> <p>Schulgesetz
12.00/S. 3
14.10/1.
– für das Land Berlin
31.10/S. 1</p> <p>schulpsychologischer Dienst
31.10/§ 52
31.20/§ 14</p> | <p>Schulstatistik
31.20/§ 16</p> <p>Schutz
– der Ehe und Familie
41.20/Art. 12 (1)
– der Mutter und Anspruch auf Fürsorge der Gemeinschaft
41.20/Art. 12 (6)
– der Menschenwürde
41.10/Art. 1
41.20/Art. 6</p> <p>Schutzimpfung
11.10/§ 9 (2)
51.10/§ 2
51.22/4.5
– für Beschäftigte in Kindereinrichtungen
51.22/Anlage II
– im Kindesalter
51.22/Anlage II
– Überprüfung des Impfstatus
11.10/§ 9 (2)</p> <p>Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz
21.30/§ 67 e</p> <p>Schwerbehinderung
12.06/2./9.1
21.26/§ 2</p> <p>Schwimmunterricht
32.10/§ 10 (6)</p> <p>selbst organisierte Förderung von Kindern
13.40/§ 5 (4)
21.20/§ 25</p> <p>sexuelle Gewalt/s. Kindeswohlgefährdung</p> <p>sexueller Missbrauch/s. auch Kindeswohlgefährdung
– von Schutzbefohlenen
74.10/§ 174
– von Kindern
74.10/§ 176/§176 a/§ 176 b</p> | <p>SGB
– II
21.10/S. 1
– VIII
21.20/S. 1
– IX
12.06/9.1
21.26/S. 1
– X
21.30/S. 1
– XII
21.40/S. 1</p> <p>sittenwidriges Rechtsgeschäft
71.10/§ 138</p> <p>Sonderpädagogik
– sonderpädagogische Einrichtungen
32.10/§ 1 (1)
– sonderpädagogischer Förderbedarf
32.10/§ 15
– sonderpädagogischer Förderbogen
31.20/§ 7
– Sonderpädagogikverordnung
31.21/S. 1</p> <p>Sonderprojekte zur RV Tag
13.40/§ 9 (3)</p> <p>sonstige betreute Wohnform
21.20/§ 34</p> <p>Sozialberufe-Anerkennungsgesetz
16.11/2.2
61.10/S. 1</p> <p>Sozialdaten
21.20/§ 61/§ 62 (1)/§ 63 (1)/§ 64 (1)/§ 64 (3)
21.30/§ 67 (1)/§ 67 a (1)/§ 67 c (1)/§ 67 d (1)/§ 70/§ 71 (1)/§ 72 (1)/§ 73 (1)/§ 74/§ 75 (1)/§ 76 (1)/§ 77 (1)/§ 78 (1)/§ 79 (1)/§ 80 (1)/§ 81 (1)/§ 82/§ 83 (1)/§ 84 (1)
57.01/S. 1–8</p> |
|---|--|---|

soziale Benachteiligung
 – Personalausstattung
 11.10/§ 11 (3)

soziale Gruppenarbeit
 21.20/§ 29

soziale Zwecke fördern
 41.20/Art. 22 (2)

Sozialgesetzbuch
 – Achtes Buch
 21.20/S. 1
 – Neuntes Buch
 12.06/9.1
 21.26/S. 1
 – Zehntes Buch
 21.30/S. 1
 – Zweites Buch
 21.10/S. 1
 – Zwölftes Buch
 21.40/S. 1

sozialpädagogische Familienhilfe
 21.20/§ 31

sozialpädagogischer Bedarf
 12.06/5.2

sozialpädagogisches Fachpersonal
 11.10/§ 10 (1)
 11.20/§ 11

Sozialpädiatrie
 52.10/§ 22 (5)

Sozialpädiatrisches Zentrum
 12.06/9.2

Sozialverwaltungsverfahren
 21.30/S. 1

Spielsand
 51.22/3.4.7

Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
 12.13/1.

Sprache
 – Förderung
 11.10/§ 5 a
 12.05 a/1.
 – Personalausstattung bei sprachlicher Integration
 11.10/§ 11 (3)
 – Sprachdokumentation
 11.10/§ 13

– Sprachlernstagebuch
 12.13/3.3
 – sprachliche Integration
 11.10/§ 4 (3)/§ 11 (3)/§ 17 (5)
 – Sprachstandsfeststellung
 11.10/§ 5 a
 12.05 a/1.
 12.13/3.3
 32.10/§ 7

Sprechstunden und Beratungen
 52.10/§ 22 (4)

staatliche Anerkennung/§ 1
 11.20/§ 11 (2)
 16.11/2.2/2.3/2.4/2.5
 61.10/S. 1

– vergleichbarer Ausbildungen
 61.10/§ 1
 – von DDR-Ausbildungen
 16.11/2.4
 61.10/§ 3

Staatsvertrag
 42.30/S. 1
 – Berlin-Brandenburg
 42.10/S. 1

Staatsziele
 41.20/S. 2

Strafgesetzbuch
 74.10/S. 1

Stellenausschreibung
 66.10/8.1

Stellenpool
 43.30/§ 1

Synopse KitaG – KitaFöG
 11.15/S. 1
 12.00/S. 3

Subsidiaritätsprinzip
 – im öffentlichen Gesundheitsdienst
 12.09/2.1
 – im SGB VIII
 21.00/7.

T

Tagesbetreuungsausbaugesetz
 12.00/S. 2
 21.22/S. 1

Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz
 12.00/S. 3
 14.10/1.
 14.21/S. 1

Tageseinrichtung
 21.20/§ 22 (1)
 – Anspruch auf den Besuch
 21.20/§ 24 (1)
 – Aufgaben
 11.10/§ 1
 21.20/§ 22 (2)
 – Begriffsbestimmung
 11.10/§ 3
 – bezirkliche Trägerschaft
 11.10/§ 20
 – Förderung
 21.20/§ 22 a

Tageseinzelpflege
 11.10/§ 17 (2)

Tagesgroßpflege
 11.10/§ 17 (2)
 – Tagesgroßpflegestellen
 11.10/§ 17 (4)

Tagespflege
 11.10/§ 17 (1)
 21.20/§ 23
 21.21/§ 32 (1)
 – Aufgaben
 11.10/§ 1 (6)
 – Erziehungsgeld
 11.10/§ 18 (1)
 – Finanzierung
 11.10/§ 18
 – Tageseinzelpflege
 11.10/§ 17 (2)
 – Tagesgroßpflege
 11.10/§ 17 (2)
 – Tagespflegegeld
 11.10/§ 18 (1)
 – Tagespflegeperson
 11.10/§ 17 (1)/§ 18 (3)
 – Vertrag
 11.10/§ 16 (3)

Tagespflegegeld
 11.10/§ 18 (1)
 21.20/§ 23 (2)

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **magere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern () = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

Tagespflegeperson

- Fortbildung
11.10/§ 18 (3)
21.20/§ 43
- Qualifizierung
11.10/§ 17 (1)

Täuschung

14.10/7.

Teilzeitförderung

11.10/§ 5 (2)

Termine der Behörden

21.30/§ 26

Tierhaltung

51.22/3.4.2

Träger der freien Jugendhilfe

21.20/§ 75 (1)

Träger der öffentlichen Jugendhilfe

21.20/§ 69/§ 76 (1)

- Vereinbarungen über die Höhe der Kosten

21.20/§ 77

Trägervertrag

13.10/§ 6

13.11/§ 6

13.12/§ 6

Trinkwasser/Badewasser

51.22/3.4.5

U

Übergangsregelungen

14.10/1.

überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe

21.21/§ 33

übertragbare Krankheiten

12.10/2.4

51.10/§ 24

Übertragung von städtischen Kindertagesstätten auf Träger der freien Jugendhilfe

44.10/S. 1

46.11/S. 1

Übertragungsverfahrenvereinbarung

44.10/S. 1

Überwachung von Gemeinschaftseinrichtungen

52.10/§ 14

Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsaktes

21.30/§ 43

Umgang mit Lebensmitteln

51.22/3.3

Umzug in das jeweils andere Bundesland

42.20/S. 2

Unfallanzeige

55.20/S. 1

55.22/S. 1

Unfallverhütungsvorschrift

55.11/§ 1

Unfallversicherung

- Anzeige s. Unfallanzeige

- Aufbringung der Mittel
55.12/4

- Aufgaben und Leistungen
55.12/5

- Gliederung
55.12/1

- Organisation
55.12/1

- Richtlinien der Unfallkasse
11.10/§ 12 (3)

- Unfallverhütungsvorschrift
55.11/§ 1

- Versicherungsfälle
55.12/3

Unfallversicherungs-Anzeigeverordnung

55.20/S. 1

Unfallversicherungsschutz

- der Erzieherinnen
55.14/6.3.3

- der Kinder
55.14/6.3.3

- von Begleitpersonen
55.14/6.3.3

- während Kindergartenveranstaltungen
55.14/6.3.3

Urlaub

- Arbeitnehmer
65.10/S. 1-4
- Tagespflegeperson
11.10/§ 18 (2)

Urteil

- 72.10/§ 107

V

Veräußerung von Kita-Grundstücken

- 44.14/S. 1

Verbot des Neuanschlusses elektrischer Heizungen

- 46.10/§ 22

Vergaberecht (Eigenbetrieb)

- 43.00/3.2

Verpflichtungsklage

- 72.00/1.6
- 72.10/§ 42

Vereinbarung

- Entgeltvereinbarung
21.20/§ 77/§ 78 b (1)
- Leistungsvereinbarung
21.20/§ 78 b (1)
- Qualitätsentwicklungsvereinbarung
21.20/§ 78 b (1)
- Qualitätsvereinbarung
11.10/§ 13
12.13/S. 1
13.70/S. 1
- Rahmenvereinbarung – RVTag
13.40/S. 1
- über das Verfahren zur Übertragung von städtischen Kindertagesstätten auf Träger der freien Jugendhilfe
44.10/S. 1
- Vereinbarungszeitraum
21.20/§ 78 d

Verfahren

- zur Anzeige von Unfällen von Kindern in Tageseinrichtungen, von Schülern und von Studierenden
55.22/S. 1
- Verfahrenshinweise zum Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg
42.30/S. 1
- zur Kostenerstattung für Kita-Gutschein
13.40/§ 6
- zur Übertragung von städtischen Kindertagesstätten auf Träger der freien Jugendhilfe
44.10/S. 1

Verfassung von Berlin

- 41.20/S. 1

Vergütung

- 71.10/§ 612

Verkehrs- und Mobilitäts-erziehung

- 32.10/§ 13

verlässliche Halbtags-grundschule

- 32.10/§ 25/§ 26 (1)

Verletzung einer Person

- 71.10/§ 842

Vermögensschadenhaftpflicht bei freien Trägern

- 56.00/3.

Vernachlässigung von Kindern

- 11.10/§ 9 (5)

Verordnung

- Begriff
12.27/1.1
21.00/10.2
- Ermächtigung zum Erlass einer Verordnung
11.10/§ 9 (2)
12.09/2.3
21.00/10.2
- über den Bildungsgang der Grundschule
32.10/S. 1

- über die Anzeige von Versicherungsfällen in der gesetzlichen Unfallversicherung
55.20/S. 1
- über die Schüler- und Kinderspeisung
53.10/S. 1
- zur Festsetzung der Regelsätze nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch
21.42/S. 1

Verpflegungsanteil

- 14.10/1./3.
- 14.20/§ 3 (1)

Verrechnungsverfahren

- 13.11/§ 7
- 13.12/§ 7

Versicherung an Eides statt

- 21.30/§ 23

Versicherungsschutz für freie Träger

- 56.00/S. 1

Vertragsabschluss für einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege

- 49.05/8.

Vertretung

- des Eigenbetriebes
43.00/3.1
- des Kindes
71.10/§ 1629

Verwaltungsakt

- 14.10/9.
- 21.30/§ 31
- Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse
21.30/§ 48
- Begründung
21.30/§ 35
- Bekanntgabe
21.30/§ 37
- Bestimmtheit und Form
21.30/§ 33
- Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen
21.30/§ 50

07 Stichwortverzeichnis

Es bedeuten: **fett gedruckte** Zahl = Kennzahl (auf jeder Seite oben rechts bzw. links); **ma-
gere** Zahl nach jedem Schrägstrich = Art. bzw. §§ oder Textnummer; Zahlen in Klammern
() = Gesetzes-Absatznummer; E = Erläuterungen, S. = Seiten.

- Folgen von Verfahrens-
und Formfehlern
21.30/§ 42
- Heilung von Verfahrens-
und Formfehlern
21.30/§ 41
- Kostenfestsetzung
14.10/9.
- Nebenbestimmungen
21.30/§ 32
- Nichtigkeit
21.30/§ 40
- offenbare Unrichtigkei-
ten im Verwaltungsakt
21.30/§ 38
- Rechtsbehelfsbelehrung
21.30/§ 36
- Rücknahme eines rechts-
widrigen begünstigen-
den Verwaltungsaktes
21.30/§ 45
- Rücknahme eines rechts-
widrigen nicht begünsti-
genden Verwaltungsak-
tes
21.30/§ 44
- Rücknahme und Wider-
ruf im Rechtsbehelfsver-
fahren
21.30/§ 49
- Umdeutung eines fehler-
haften Verwaltungsaktes
21.30/§ 43
- Widerruf eines rechtmä-
ßigen begünstigenden
Verwaltungsaktes
21.30/§ 47
- Widerruf eines rechtmä-
ßigen nicht begünstigen-
den Verwaltungsaktes
21.30/§ 46
- Wirksamkeit
21.30/§ 39
- Zusage
21.30/§ 34
- Verwaltungsgerichte**
72.00/1.5
72.10/S. 1
- Verwaltungsgerichtsord-
nung**
72.10/S. 1

- Verwaltungsrat des Eigen-
betriebes**
43.10/§ 6
- Verwaltungsverfahren**
12.27/2.1
- Akteneinsicht
11.10/§ 27
21.30/§ 25
- Anhörung Beteiligter
21.30/§ 24
- Begriff des Verwaltungs-
verfahrens
12.27/2.1
21.30/§ 8
- Beteiligte
21.30/§ 12
- Beteiligungsfähigkeit
21.30/§ 10
- Bevollmächtigte und
Beistände
21.30/§ 13
- Empfangsbevollmäch-
tigter
21.30/§ 14
- Termine
21.30/§ 26
- Vollmacht
21.30/§ 13 (1)
- Verwaltungsvorschriften**
11.10/§ 27 (1)
12.27/1.
21.00/10.3
- Vollzeitpflege**
21.20/§ 33
- Vordrucke für das An-
tragsverfahren**
11.20/§ 9
- vorläufige Wirtschaftsfüh-
rung des Eigenbetriebes**
43.10/§ 20
- vorläufiger Kosten-
bescheid**
14.10/4.
- vorläufiger Rechtsschutz**
72.10/§ 80 (5)
73.00/1.6

- vorschulische Sprachkur-
se**
32.10/§ 6 (3)
- Vorsorge**/s. ärztliche Unter-
suchungen
- Vorstrafe**/s. auch Führungs-
zeugnis
79.20/4

W

- Wächteramt des Staates**
12.09/6.1
21.00/6.
41.10/Art. 6 (2)
- Waldkindertageseinrich-
tungen**
13.31/S. 1
13.40/Anlage 1 c
- warme Mahlzeit**/s. Mittag-
essen
- Weitergabe von Schüler-
unterlagen und Daten-
übermittlung**
31.20/§ 10
- weltanschaulich-religiöse
Neutralität**
11.10/§ 10 (2)
41.21/S. 1
- Personal
11.10/§ 10 (2)
12.10/2.5
- Weltgesundheitsorganisa-
tion (WHO)**
12.06/2.
- Widerruf**
- eines rechtmäßigen be-
günstigenden Verwal-
tungsaktes
21.30/§ 47
- eines rechtmäßigen nicht
begünstigenden Verwal-
tungsaktes
21.30/§ 46

Widerspruch
 72.10/§ 69/s. auch Rechtsschutz
 – Abhilfe
 72.10/§ 72
 – Widerspruchsbescheid
 72.10/§ 73
 – Widerspruchsfrist
 72.10/§ 70
 – Widerspruchsverfahren
 72.10/§ 68

Wiedereinsetzung
 – in den vorigen Stand
 21.30/§ 27

Wiederzulassung nach Krankheit/s. Krankheit

Willenserklärung
 71.10/§ 119

wirtschaftliche Zielsetzung des Eigenbetriebes
 43.10/§ 11

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes
 43.10/§ 16

Wohnortgemeinde
 42.30/3.8

Z

Zahn- und Mundgesundheit der Kinder
 52.10/§ 23 (2)

zahnärztliche Reihenuntersuchung
 11.10/§ 9 (2)
 12.09/2.2

zahnärztlicher Dienst
 52.10/§ 23

zentrales IT-Verfahren
 11.20/§ 8/§ 9

Zeugniserteilung
 – Pflicht bei Beendigung des Dienstverhältnisses
 71.10/§ 630

Zeugnisse
 – Fachschulausbildung
 61.20/§ 72
 – in der Grundschule
 32.10/§ 21

– Zeugnisse und Prüfungsunterlagen in der SchuldatenVO
 32.10/§ 21

Zusammenarbeit mit der Schule/s. Kooperation

Zusicherung einer Behörde
 21.30/§ 34

Zuständigkeit für das Antrags-, Bedarfsfeststellungs-, Nachweis- und Finanzierungsverfahren für die Förderung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege
 11.20/§ 1

Zustellungen
 – der Behörden
 21.30/§ 65
 – im Verwaltungsverfahren
 72.10/§ 56

Zwischenberichte
 43.10/§ 22

07 Stichwortverzeichnis